

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, vierteljährlich 7,50 Goldmark, halbjährlich 13,50 Goldmark, jährlich 25,00 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Entscheidung auf heute vertagt. Verhandlungen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann verhandelte am Donnerstag nachmittags mit den Deutschnationalen über die politische Lage. Die Initiative zu diesen Besprechungen erfolgte durch die Deutschnationalen, von denen es am Donnerstagabend hieß, daß sie die Annahme der Dawes-Gesetze durch zahlreiche Abkommandierungen ermöglichen wollen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion versammelte sich am Donnerstagabend zu einer informativischen Besprechung, in der Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Eine Fraktionsführung wird am Freitag vor Beginn der Vollziehung stattfinden. Die Verhandlungen mit den Führern der Volkspartei gehen weiter. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird den Fraktionen Freitag früh vor der Plenarsitzung Bericht erstattet werden.

Telegraphen-Union.

Die letzte Nacht war besonders finster und dunkler Geheimnisse voll. Vermummte Gestalten huschten herüber, hinüber. Auf dem Dach des Reichstags sah ein Riesentatler, und durch die Wilhelmstraße strich mit eingeklinktem Schwanz ein großer geprellter Hund.

Solche Zeichen sind stets die Vorboten großer Ereignisse. Die lächelnden Auguren haben sie schon gedeutet, sie prophezeien für den heutigen Tag den Umfall der deutschnationalen Reichstagsfraktion, sei es im Ganzen, sei es zu einem beträchtlichen Teil. Entgegen dem Antrag der Sozialdemokraten, die Abstimmungen der dritten Lesung schon am Donnerstag vorzunehmen, hat man sich auf heute, 10 Uhr vormittags, vertagt, um noch eine Nacht, eine kostbare Nacht zu gewinnen. ... Und heute: rot oder rot!

Prophezeien ist möglich. Notwendig ist, Tatsachen festzustellen. Man hat verhandelt, man verhandelt und man wird verhandeln bis zu dem Augenblick, in dem die entscheidende Abstimmung beginnt. Nur ob man sich über den Preis einig wird, das ist noch die Frage. Tatsache aber ist, daß die Deutschnationalen bereit sind, sich ihre Zustimmung zur „ewigen Verfassung des deutschen Volkes“ — das ist doch der Dawes-Plan? — für Ministerportefeuilles und Brotzölle abkaufen zu lassen. Denn deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Die Tatsache der Verhandlungen hat man zunächst zu befreiten versucht, und diese Ablehnungsversuche waren für die Deutschnationalen immer noch verhältnismäßig ehrenvoll. Zeigten sie doch wenigstens, daß man sich schämt. Man schämt sich nicht mehr. Die „Deutsche Tageszeitung“, die noch vor Stunden erklärte, weder durch Drohungen, noch durch Versprechungen werde sich die deutschnationale Fraktion von ihrem „Unannehmbar“ abbringen lassen, schreibt jetzt:

„Die parlamentarische Situation bezüglich des endgültigen Schicksals der Dawes-Gesetze hat gegenüber der Lage von gestern einen gewissen Fortschritt erfahren. Einen Fortschritt im Sinne des in den letzten Tagen so viel strapazierten Wortes vom „Brückenschlag“.

Es ist wert, festzuhalten, daß die „Kreuzzeitung“ am selben Abend des selben Tages über die Rede ihres Fraktionsredners Quaaß folgendes berichtet:

„Die dritte Lesung der Dawes-Gesetze bringt zuerst sehr treffende, wirkungsvolle Ausführungen des deutschnationalen Abg. Dr. Quaaß, der sich mit größter Bestimmtheit für Ablehnung der Gesetze ausspricht.“

Also, die deutschnationale Fraktion hat sich in der dritten Lesung mit größter Bestimmtheit für die Ablehnung der Dawes-Gesetze ausgesprochen („Kreuzzeitung“) und zugleich hat sie über die Annahme der Dawes-Gesetze verhandelt („Deutsche Tageszeitung“).

Das mögen die Deutschnationalen nun halten, wie sie wollen. Jeder blamiert sich so gut wie er kann, jeder beschmutzt sich soviel wie er mag. Und wenn die Deutschnationalen so operieren, daß ihnen künftig, wenn sie von Ueberzeugungstreue reden, jedermann ins Gesicht lachen muß, kann es uns nur recht sein. Aber wenn diese Repräsentanten der äußersten politischen Verlogenheit und

Verlogenheit sich als die besonders berufenen Vertreter des deutschen Volkes hinstellen, so muß dagegen zur Wahrung der Ehre des deutschen Volkes protestiert werden. Eine Unverschämtheit ist es, wenn ein Quaaß von „nationalen Parteien“ im Gegensatz zu anderen redet und für die Partei, der er seit drei Monaten angehört, den Anspruch erhebt, die Wahrerin des „nationalen Gedankens“ zu sein. Und grotesk ist es, solche Redensarten just in dem Augenblick zu machen, in dem der „nationale Gedanke“ der Deutschnationalen als Ausverkaufsware zu bedeutend herabgesetzten Preisen im Schaufenster liegt.

Gegen den Genossen Dittmann ist Quaaß besonders giftig. Kein Wunder! Denn Dittmann hat am Mittwoch die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion verlesen, die der Rage die Schellen unhängt. In dieser Erklärung heißt es, die eingebrachten Anträge und Resolutionen sollten nur „zur Verschleierung der Tatsache dienen, daß versucht wird, einen Teil der Mitglieder des Hauses durch das Angebot von Regierungsstellen und wirtschaftlicher Zugeständnisse zur Aufgabe ihrer bisherigen Haltung zu bewegen“. Daß dies in aller Öffentlichkeit festgestellt worden ist, das ist Herrn Quaaß, der sich in dritter Lesung mit größter Bestimmtheit, aber selbstverständlich freibleibend, für die Ablehnung ausgesprochen hat, besonders unangenehm.

Denn gerade diese mit so peinlicher Deutlichkeit gekennzeichneten Resolutionen und Anträge sind es, hinter deren Rebellwand der Uebergang eines Teils der Deutschnationalen — oder aller? — ins Lager der „Erfüllungspolitik“ vollzogen werden soll.

Leicht ist das Wort freilich nicht. Entweder wird durch die Annahme dieser Anträge am Londoner Pakt nichts geändert, dann haben die Deutschnationalen das „zweite Verfallens“, so wie es ist, mit unterschrieben, oder es wird durch sie an ihm etwas geändert, dann wird der Vertrag hinfällig, das Wort der Londoner Konferenz vernichtet. „Kleinigkeit!“ sagen die gewiegten Unterhändler, „das ist bloß eine Sache der Formulierung. Man macht die Anträge eben so, daß es aussieht, als ob etwas geändert würde und doch in Wirklichkeit nichts geändert wird.“

Und nun sieht man und „formuliert“! Was wird die Welt draußen zu diesem Schauspiel sagen? Heute soll eine Partei für den Londoner Vertrag stimmen, die sich gestern noch „mit größter Bestimmtheit“ gegen ihn ausgesprochen hat. Wird man draußen diese mit so großer Mißlichkeit kommende Befehrsung für ernst und ehrlich nehmen? Wird die Unterschrift der Quaaß-Genossen diskontinierbar sein? Oder werden nicht draußen böse Menschen sagen, von Deutschland werde ein unehrliches Spiel getrieben und es werde ein Vertrag unterzeichnet in der Absicht, ihn nicht zu halten?

Die „Kreuzzeitung“ nennt Herriot und Macdonald „Räuber und Mörder“. Graf Reventlow, der Botschafter, erklärt im Reichstag, die ausländischen Kommissare würden von seiner Partei als fremde Eindringlinge betrachtet werden, für deren persönliche Sicherheit keine Gewähr übernommen werden könne. Und nun Annahme des Londoner Vertrags durch einen Teil der Rechten? Was für einen Vers soll sich die Welt darauf machen?

Die Formulierer kümmern sich nicht darum und formulieren weiter.

Neben dem großen Hoffnungstern der gelungenen Formulierung ist ihnen aber auch noch ein kleiner aufgestiegen. Man glaubte, bei den Garderobenständern der Kommunisten eine auffällige Bewegung wahrgenommen zu haben; man sah dort auffallend viel gepackte Koffer stehen. Gerade aus deutschnationalen Kreisen wurde gestern das Gerücht verbreitet, ein großer Teil der kommunistischen Fraktion sei in hemmungsloser Abreise begriffen und werde bei der entscheidenden Abstimmung nicht mehr anwesend sein. Man stellte einfache Berechnungen auf, die beruhigend wirkten. Denn jeder Kommunist, der abreist, erspart einem Deutschnationalen den Umfall.

Die Annahme des Dawes-Plans — das ist gerade im „Vorwärts“ vom ersten Tage an gesagt worden — ist eine unumgängliche politische Notwendigkeit. Sein völliges Scheitern bedeutet den Ruin, die Hinauszögerung seines Inkrafttretens vermehrt die Gefahren für die Wirtschaft und verlängert die Leiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet. Nach all dem Unmöglichen, das wir in den letzten Tagen erlebt

haben, muß man aber doch sagen: die Annahme des Dawes-Planes nach ein paar Wochen durch eine ehrliche Mehrheit ist besser als seine Annahme durch deutschnationale Umfälligkeiten jetzt. ...

... Und erlöse uns von diesem Reichstag. Amen!

Sonnabend Unterzeichnung.

London, 26. August. (Reuter.) Nach den bisherigen Vereinbarungen soll das Londoner Abkommen am Sonnabend mittag im Auswärtigen Amt unterzeichnet werden. Für die britische Regierung wird der Ständige Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium Sir Eyre Crowe unterzeichnen. Die Alliierten und Deutschland werden durch ihre Botschafter und Gesandten vertreten sein.

London, 28. August. (Epa.) Die verschiedenen Botschafter und Vertreter der beteiligten Mächte einschließlich des deutschen Botschafters Scharner haben bereits von ihren Regierungen die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Abkommens erhalten.

Ein Mahnruf an Republikaner.

Gefahr einer Monarchistenregierung.

Der Bundesparlament des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hat soeben an die Parteileitungen der republikanischen Parteien — der Sozialdemokraten des Zentrums und der demokratischen Partei — ein Schreiben gerichtet, in dem er, anknüpfend an die Meldungen über Verhandlungen wegen Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung, u. a. ausführt:

Diese alarmierenden und wohl sicher zutreffenden Nachrichten haben in unserem, nunmehr zwei Millionen Mitglieder zählenden Bund nicht nur Aufregung, sondern heile Empörung ausgelöst. Unsere Mitglieder haben nicht vergessen, daß es zivile und militärische Monarchisten waren, die teils aus Unfähigkeit, teils aus völliger Verkennung der politischen und militärischen Lage Deutschland ins Unglück gestürzt haben, daß es Monarchisten waren, die nach dem von ihnen verursachten Zusammenbruch jede Mitarbeit am Wiederaufbau unseres schwer geprüften Vaterlandes verweigerten, die statt dessen die wüßteste und verlogenste Agitation gegen die Republik und die Republikaner trieben und damit etwans die Schande des politischen Nordes, zweitens die Schande der antisemitischen Hege über unser Land brachten, womit Deutschland in den Augen aller Kulturvölker herabgesetzt wurde. Derselben Monarchisten haben durch ihre militärische Spielerei dem Vaterland enorm geschadet und uns von neuem die Militärkontrolle gebracht. Es gibt seit Beginn des Krieges nicht eine einzige politische Tat der Monarchisten, die dem Vaterland genützt hat, sondern nur solche, die ihn innen wie außenpolitisch den schwersten Schaden zugefügt haben. Die jetzige Agitation und die Ablehnung des Londoner Abkommens reißt sich „würdig“ der bisherigen Haltung der Monarchisten an, unser Vaterland von neuem ins Unglück zu stürzen. Wir treten wie ein Mann für die Annahme und Durchführung des Londoner Abkommens ein, damit endlich unseren Brüdern im besetzten Gebiet die alleinige Last genommen und auf die Schultern des ganzen deutschen Volkes, entsprechend der Leistungsfähigkeit verteilt wird. Wir sehen Neuwahlen herbei, die beweisen werden, daß die Antirepublikaner aller Richtungen keine nennenswerte Gefolgschaft mehr besitzen!

Die Taten und Handlungen der monarchistischen Länderregierungen, wie in den beiden Mecklenburg, in Thüringen, Bremen, Württemberg, Bayern usw., wo die Monarchisten teils mit, teils allein regieren, beweisen, daß der Kurs gegen die Republik, gegen die Republikaner gerichtet ist. Aber mit diesen Regierungen haben wir uns auch außenpolitisch maßlos geschadet. Ein Bild in die Presse des Auslandes und die wiederholten Reden der maßgebenden Staatsmänner des großen Auslandes zeigen zu deutlich, welchen Leidensweg Deutschland gehen würde, wenn die Monarchisten in Deutschland regierten oder auch nur mitregierten.

Die Monarchisten haben unser Vaterland zerstört und in unfogbares Elend gebracht. Dies wird und muß sich wiederholen, wenn die Monarchisten wieder in die Reichsregierung und die Regierungen der großen Länder kommen. Unser Bund wünscht, daß die Ruhe im Innern erhalten und Deutschlands Ansehen im Ausland durch eine streng republikanische Regierung gehoben wird. Er wünscht im besonderen, daß Deutschland mit einer solchen Regierung, die das Vertrauen des demokratischen Auslandes hat, für

unser Vaterland sowohl wirtschaftliche wie politische Erleichterungen und Vorteile erzielt.

Aus diesen Erwägungen heraus erucht der Bundesvorstand des „Reichsbanners“ die republikanischen Parteien, dafür zu sorgen, daß die Gefahr einer Beteiligung der monarchistischen Deutschnationalen an der Reichsregierung beseitigt werde. Es kommt darauf an, eine gerade Linie republikanischer Politik innezuhalten. Dafür wird sich das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wie ein Mann einsetzen.

Falsche Politik mit falschen Zahlen.

Wie man den Hungerzoll begründet.

Die Reichsregierung hat bekanntlich die Zollvorlage, die das Handelsobjekt für die Zustimmung der Deutschnationalen zum Londoner Vertrag sein sollte, noch in letzter Stunde dem Reichstag zugeleitet. Die Begründung der Vorlage unterscheidet sich von der früheren Begründung nicht, obwohl wir feinerzeit nachweisen konnten, daß die Begründung des Getreidezolles einen groben Irrtum, wenn nicht eine Fälschung enthält. Die Regierung wollte nämlich glaubhaft machen, daß der Zoll in hohem Maße vom Ausland getragen wird. So passierte ihr im Uebereifer das Mißgeschick, daß sie in einer Zahlendarstellung sagte, der Roggenpreis hätte im Jahre 1905 bei den geltenden Zöllen um 5 M. höher sein müssen als der Preis im Ausland. Tatsächlich ist aber der 5-M.-Zoll erst im Jahre 1906 in Kraft getreten. Im Jahre 1905 galt nur ein Zoll von 3,50 M., der bis auf 6 Pf. vom deutschen Verbraucher getragen wurde. Solange die Regierung auf diese Unstimmigkeit nicht aufmerksam gemacht worden war, konnte man glauben, daß es sich um einen — wenn auch erstaunlichen — Irrtum handle. Nachdem wir das aber bereits vor anderthalb Monaten festgestellt haben, kann man nur noch annehmen, daß diese Darstellung in der Absicht der Irreführung aufrechterhalten worden ist.

Auch in anderen Punkten, die bei der Abfassung der Zollvorlage richtig gewesen sein mögen, ist heute die Begründung durch die Tatsachen überholt. Die Regierungsvorlage behauptet nämlich, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sich im Preise auf 85 Proz. des Vorkriegsstandes bewegen. Tatsächlich haben die Getreidepreise heute den durchschnittlichen Preisstand von 1913 durchweg erreicht oder sogar überschritten. Das ist die Folge der Miskerten im Ausland und insbesondere der Tatsache, daß Rußland und Polen in der nächsten Zeit kein Brotgetreide nach Deutschland senden können, während die Ueberseeländer ihren Anbau eingeschränkt haben. Ebenso unrichtig ist es, wenn die Begründung auf der Feststellung beharrt, daß die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel etwa 115 Proz. des Vorkriegspreises kosten. Die Preise für künstliche Düngemittel sind erheblich zurückgegangen, ihr Bezug durch Kreditgewährung erleichtert. Die Begründung enthält schließlich den wunderbaren Satz, daß die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch der Ausfuhrsperrung unterliegen. Tatsächlich ist das für Getreide seit geraumer Zeit nicht mehr der Fall und von diesem Zeitpunkt an hat am inländischen Getreidemarkt die Preissteigerung eingeleitet, deren Erfolg es ist, daß das Getreide heute ohne Zoll bereits auf und über den Vorkriegspreis steht!

Eine ganze Zahl weiterer Gründe, die die Zollvorlage den Verbrauchern schmackhaft machen soll, sind nicht nur von uns und den Arbeitnehmerorganisationen, sondern selbst von der industriellen Presse als unzutreffend zurückgewiesen worden. Unzutreffende Behauptungen müssen dazu herhalten, um die künstliche Verteuerung des Brotes als notwendig erscheinen zu lassen. Das ist kein Wunder. Denn die Getreidezölle sind und sollen nichts anderes sein als ein Liebesdienst für die großagrarische Reaktion. Die Arbeiterchaft muß aber mit allem Nachdruck sich dagegen wehren, zum Objekt einer Politik gemacht zu werden, die eine neue Verelendung der breiten Massen

und eine Erschwerung der industriellen Produktion bedeuten und für die sie nicht einmal stichhaltige Gründe anzuführen imstande ist.

Fort mit der Brotwuchervorlage!

Resolutionen des Beamtenbundes und des Textilhandels.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in einer am Mittwoch, den 27. August, stattgefundenen Sitzung zur Schutzzollfrage folgende Entschlüsse angenommen:

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beurteilt aufs schärfste die Absicht der Reichsregierung zur Wiedereinführung der sogenannten landwirtschaftlichen „Schutzzölle“ durch Inkraftsetzen des vor dem Kriege gültigen autonomen Zollsatzes.“

Nachdem gerade in letzter Zeit die Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse, besonders für land- und viehwirtschaftliche Produkte, erheblich gestiegen sind und gerade die Getreidepreise der steigenden Tendenz der Weltmarktpreise immer stärker folgen, würden bei dem gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Einfuhrbedarf die beabsichtigten Zölle die Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe treiben und damit die Not der Verbraucher unentwäglich vergrößern. Außerdem muß in der Absicht, die Getreidezollfrage gerade jetzt zur Entscheidung zu bringen, der Versuch erfaßt werden, die minderbemittelten Volksschichten vorweg mit einer als Verbrauchsteuer wirkenden Maßnahme zu belasten, bevor die Frage der Verteilung der Kosten, die sich aus der Durchführung des Londoner Paktes ergeben, geklärt ist.

Der Bundesvorstand des ADB. sieht in einer Verringerung der Preispanne zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreisen bei landwirtschaftlichen Produkten, sowie in einer Herabsetzung der Preise für Industrieerzeugnisse das einzig geeignete Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und erwartet, daß nach dieser Richtung endlich die erforderlichen Schritte unternommen werden. Die Einführung von Getreidezöllen jedoch muß im Interesse der verbrauchenden Massen abgelehnt werden.“

Die Preise für Roggen haben inzwischen, als der letzten Getreideart, den Vorkriegsstand erreicht. Damit entfällt das wichtigste Argument, mit dem die Reichsregierung in ihrer Vorlage die Einführung von Schutzzöllen auf landwirtschaftliche Produkte zu begründen versucht. Die Vorlage wird mit jedem Tag unhaltbarer. Die Kreise, die sich gegen die Einführung des Brotwuchers wenden, werden immer größer. Selbst in den Kreisen der Wirtschaft mehrten sich die warnenden Stimmen. So hat der Reichshund des Textileinzelhandels auf seiner Jahreshauptversammlung in Hamburg eine Entschlüsselung gefordert, in der er energisch die Ablehnung einseitig protektionistischer Gesichtspunkte in der Handelspolitik, rasche Aufhebung aller noch bestehenden Einfuhrverbote und eine Regelung der Zollfrage, die unsere Abschließung vom Ausland nicht verweigert, fordert. In der Tat ist die Schutzzollvorlage durch nichts zu rechtfertigen. Eine Regierung, die sie trotzdem einbringt, lediglich um damit die Stimmen der Großgrundbesitzer zu kaufen, wird nicht erwarten können, daß sie das Vertrauen der Konsumenten hat. Die Sozialdemokratie jedenfalls wird beweisen, daß sie sich für eine derart triviale Belastung des Mittelstandes und der Arbeiterschaft, die an und für sich an den Folgen des verlorenen Krieges schwer genug zu tragen haben, nicht hergibt, und die bürgerlichen Mittelparteien werden bei dieser Gelegenheit zeigen können, auf welcher Seite sie stehen: auf Seiten des arbeitenden und darbedenden Volkes. Ein Ausweichen gibt es nicht.

Das deutsche Hultschin. Trotzdem das Hultschiner Ländchen schon fünf Jahre von Deutschland abgetrennt ist, sind erst jetzt die Gemeindevahlen vorgenommen worden. Sie ergaben für die Stadt Hultschin eine erdrückende deutsche Mehrheit.

Von Ludendorff bis Kah.

Die neue Einheitsfront.

Die innige Verbindung der Nationalsozialisten und Nationalkommunisten, die Front von Ludendorff bis Kah — von der Genosse Solmann gestern in seiner Reichstagsrede sprach — fällt selbst einzelnen sonst so robusten Deutschnationalen auf die Nerven. In den Blättern des schwerindustriellen Jugenberg wird gleich mehrfach schmerzvoll bemerkt auf die Tatsache hingewiesen, daß Ludendorff für kommunistische Anträge stimmt. Friedrich Hufschung, der sonst im „Lokal-Anzeiger“ so kraftvoll national sein kann, daß er's beinahe selber glaubt, muß jetzt ästhetisch werden:

Es ist ein Schauspiel, schon rein ästhetisch höchst unerschmeißlich, zu sehen, wie immer wieder die Dämonen gemeinsam mit den Kommunisten es sind, die durch Erzwingung namentlicher Abstimmungen das grausame Spiel sinnlos in die Länge ziehen. Es tut weh, bei diesem Anlaß immer wieder den demokratischen und sozialdemokratischen Heulchor „Ludendorff, Ludendorff! aufblösen zu hören, wenn der Mann von Tannenberg sich zusammen mit Herrn Kah und Herrn Scholem erhebt, um das kindliche Parlamentarismusspiel mit ihnen zu spielen. Der Name Ludendorff gehört nicht dem Manne Ludendorff allein. Er war es uns schuldig, diesen Namen diesem patien Treiben fernzubehalten.

So sagt der „Lokal-Anzeiger“. Und in seiner „vornehmern“ Ausgabe, dem „Tag“, klingt es noch bitterer:

Vielleicht mag es uns gleichgültig sein, daß die Kommunisten gerade jetzt die deutsche Volkserziehung zum Raschmenschenmilitär bekennertreten, sondern eine politische Gasse ihre schmutzigen Leiternretter, sondern eine ökonomische Gasse ihre schmutzigen Pluten in diesen Saal spielen — besser, geradezu körperlich schmerzhaft wird man getroffen, als die Forderung der Kommunisten, über jedes einzelne der Dames-Gefesse namentlich abzustimmen, von den Nationalsozialisten unterläßt und damit erst geschäftsordnungsmäßig ermöglicht wird. Köpferlich schmerzhaft berührt das wilde, höckerige Rufen in der Mitte und links: „Ludendorff — Eppstein!“ Denn jener (Ludendorff) sieht dort drüben mitten in diesen Treiben und erhebt sich, als der Präsident nach der Unterstützung für diesen kommunistischen Antrag fragt. Erhebt sich jedesmal wieder. Ich sehe, wie der große Tirpitz nach dem erstmalig hinübergeht zum Wäse Ludendorffs, wie er auf den ollen Kampfenossen einprallt — abscheulich vergebens. Und ich sehe das starre Gesicht Ludendorffs! Sie trennen sich. Der Großadmiral kent das weiße Haupt.

Warum hatte Ludendorff ein „starrtes Gesicht“? Vielleicht, weil er an die Balken des Reichstagsgebäudes dachte, als er Tirpitz vor sich sah!

Aber was auch immer er gedacht haben mag: Die Tatsache, daß Ludendorff und Kah, daß Fried und Scholem, Bulle und Eppstein fast immer zusammenstimmen, wenn es geht die Demokratie geht, entspricht nicht ganz der Geistesverfassung ihrer Parteien. Sie ist ja schon im voraus gekennzeichnet durch den Disput Reventlow-Radel. Ludendorff und Ruth Fischer führen nur aus, was jene vorbereiteten.

„Auf zum letzten Gefecht!“

Der König und der Kah.

In der großen Prägekammer des Reichstags am letzten Mittwoch — lange nach dem Ueberfall auf Brodau — machte sich der Kommunist König-Düffendorf durch besonders unverschämte Zwischenrufe bemerkbar. Genosse Simon-Schwaben verwies ihn von seinem Platz aus zur Ruhe. Das war für König das Signal gefolgt von Thälmann und Orniowicz, auf Simon mit drohender Miene loszugehen. Genosse Frölich-Thüringen trat dazwischen, um neues Unheil zu verhüten. Worauf König mit geschwollener Heidenbrust an den Genossen Frölich die Aufforderung richtete: „Kommen Sie mit mir hinaus!“

Genosse Frölich war so unritterlich, dieser Forderung zum Zweikampf nicht zu folgen. Er ist noch immer der veralteten Auffassung, daß Meinungsverschiedenheiten mit dem Kopf und nicht mit den Fäusten auszutragen sind.

Gestern war Kah so vorlaut wie immer. Ein Sozialdemokrat rief ihm zu, er solle lieber den „Bormaris“ lesen, da stünde etwas von ihm. Kah rief: „Den Dred lese ich nicht!“ Darauf der Sozialdemokrat: „Ja, ja, Kahendred!“

Die unsichtbare Grenze.

Von Lola Bandau.

Die Gemeinschaft der Berufe formt neue Stämme von Menschen, inmitten des Volkes abgeordnete kleine Völker mit dem Dialekt ihres Gewerbes, einer Geheimsprache, gleich geschwungenen Gebärden und ähnlich ausgearbeiteten Gesichtern. Die unaufhörliche Beschäftigung der Hände ober des Hauptes mit den gleichen Dingen schafft eine Verwandtschaft, die tief in das Blut dringt und sich so bewußt gegen andere Stände abgrenzt wie eine eigenwillige kleine Nation gegen ihre Nachbarstaaten. Sie aber wird es deutlicher, daß die Menschheit noch in ihren kleinsten Teilen sich in Splitter zerfällt, umgeben und zerstückelt, als wenn man die Stadt verläßt, um die Dörfer des flachen Landes aufzusuchen, nicht als oberflächlicher Beobachter, sondern um dort in den Lebenskreis der Bewohner einzudringen. Da scheint es wirklich, man hätte eine unsichtbare Grenze überschritten, hinter der ein fremdes Gebiet beginnt mit dem unverständlichen Lachen eines verschlossenen Gesichts, so fremd dem Stadtbewohner, als wäre er in einem anderen Erdteil verfehlt. Sind dies noch Menschen, die dieselbe Sprache reden? Selbst die vertrauten Laute, langsam in ihren Rändern gemahnen, klingen verändert, anders wird das Lachen aus den Lippen hinausgeschossen, und selbst das Weinen, die einzige überall verstandene Weltsprache, so selten es in den vom Wetter gebelzten Augen steht, steht zäher, hat einen trügeren Strom des Schmerzes. Wirklich, um eine Forschungsreise zu machen, brauchen wir nicht weiter zu reisen als in den nächsten Landstücken, um den sich die schlichten Felber dehnen.

Das Leben des Bauern, dem wir unser täglich Brot danken, ist mühselig. Es kreist um das Notwendige. Sein ganzes Dasein ist auf die elementarsten und dringendsten Bedürfnisse eingestellt, deren Sorge er übernahm. Da steigt das Pflanz in der Not seiner Fruchtbarkeit und wartet, geschmitten zu werden. Da brüllt das Vieh in der Not seines Hungers und wartet, versorgt zu sein. Es ist eine Arbeit, die erzwungen wird durch das drängende Wuchern der Natur, die keinen Aufschub duldet, bei der die Hand sofort anpacken muß wie bei einem brennenden Hause. Früh beginnt der Tag. Tiere und Erde werden getränkt und gepflegt, und das Zifferblatt der Sonne mißt die Arbeitsstunden ab auf den Aedern, bis am Abend der Schlaf die müden Körper umwirft.

Aber einträglich und begrenzt ist dieses Leben, und die Augen, die sorgsam die Furchen abmessen, fast immer auf die Erde niedergeschlagen, schweifen selten hoch in eine Ferne, die voll merkwürdigen Erklärungen hängt. Sie sind satt und zufrieden, diese zur Erde Gewandten, aber sie haben zu wenig Zeit zum Denken, aus dem die Unzufriedenheit erst wächst. Für sie hört die Welt auf mit dem Jaun ihrer Wäcker und ihre Feste sind die Ernten, die ihre Scheunen zu Schatzkammern machen oder die Schlachtstage,

an denen das geschmolzene Fett der Schweine in ihre Kübel rinnt. Bei kaum einem anderen Stande fällt die Gewinnsucht so sehr den Raum der Seele. Hier ist der Ehrgeiz, im Reichum die anderen zu überwachen und den Besitz zu vergrößern, mit der Hartnäckigkeit des ständigen Eroberers, der das Land von allen Seiten umschlingt. Wieviele Ehen werden hier nur aus Gründen des Vorteils geschlossen, wie wird um des Geldes willen oft das kümmerliche Gefühl gebrochen. Und der Großbauer, am Ziel seiner Wünsche, hat sein Leben zu einer Vorratskammer gemacht, einem Saal, zum Bersten voll, geschwollen von seinen Gütern.

Sie scheint verächtlich und bedauernswert, diese Reizung, so sehr auf den Besitz und das irdische Wohlsein gerichtet. Und doch liegt in dieser Leidenschaft zu dem Eigentum, das ja kein totes Gut, sondern lebendig und veränderlich ist, eine fanatische unpersonliche Kraft, die sich über den kleinen Egoismus erhebt. Es ist die Liebe des Menschen zu seinem Stück Erde, und man könnte sagen, das Vaterland des Bauern ist sein Acker, da, wo er mühselig sein Leben hineinsät, sein Leben hinausgräbt, mit seinem Schwweiß und der Andacht der körperlichen Qual.

Denn gegen sich selbst ist er hart, er achtet seinen Körper wenig, und noch in schwerer Krankheit schleppt er sich wie ein Lasttier weiter, vor seine Arbeit gespannt, ohne den Arzt zu rufen. Er selbst ist sich unwichtig, und vielleicht teilt er unbewußt diesen Zug mit dem emigrierenden Idealisten, der sich vor seiner Aufgabe ausflüßt.

Eine seltsame Schwäche hat der Bauer für sein Vieh. Hier ist eine weiche Stelle in seinem Gemüt. Er geht herzlich mit den Tieren um, spricht laut zu ihnen und scheint ihre Sprache zu verstehen, jedes Tier hat für ihn seine persönliche Eigenart, wie mit kleinen Kindern schilt und scherzt er mit ihnen.

Wie schwerm und fassungslos steht der Städler, der während kurzer Sommerwochen durch die Felber schlendert, all diesen Wesenszügen des Landmannes gegenüber. Er, der den Steinen entronnen, glücklich den blauen Himmel über sich fliegen sieht, die fliegenden Farben der Wolken genießt, und nur mit den Augen, nicht mit den Händen, nur in Ruhe, nicht in Mühe, die Natur berührt, wie kann er den Bauer begreifen, dessen Acker sich mühsam über der Erde krümmen wie Wurgen. Vielleicht bedeutet ihm der Schnitter nichts als eine Figur in einem pastoralen Gemälde, dessen Bewegung ihn ästhetisch ergötzt. Das Land ist ihm Landschaft, erstet außerhalb, während der Bauer so tief in den Kern der Erde eingesunken ist, daß er sich selbst nicht mehr davon unterscheidet, also eine betrachtende und genießende Naturfreude gar nicht empfinden kann.

Dem Städler gibt der Sommer eine Periode der Entspannung, er ruht aus auf dem Lande; für den Bauer ist der Sommer die härteste Arbeitszeit. Wenn im Winter die Städte vom heißesten Lärm dampfen, dann erst beginnt für den Landmann, mit dem Wintererfrost der Bäume gemeinsam, die große Ruhe. Dann, beim Stimmen der Lampe sitzt er stundenlang still, keise gebragt, ohne

etwas zu tun, während schon die junge Kraft des neuen Jahres langsam in seinem Blute hochsteigt, in einer Ruhe, wie vor dem Ende oder dem Anfang der Welt.

Die Kunst der Jugendlichen.

Der Kunst der Kinder und der Jugendlichen hat man in neuester Zeit besondere Aufmerksamkeit zugewendet, und zwar war es besonders der Expressionismus, der in den künstlerischen Neubungen der Jugend geradezu Offenbarungen erblickte und sie vielfach nachahmte. Diese übertriebene Verherrlichung findet ihre Erklärung darin, daß das jugendliche Kunstschaffen eine eigentliche Ausdruckskunst ist und mehr als jede reife Kunst dem Trieb entspringt, mit den durch die Entwicklung bedingten Erregungen des Inneren fertig zu werden. Diesen Zweck der jugendlichen Kunst hebt Prof. Eduard Spranger in seinem ausgezeichneten Werk „Psychologie des Jugendalters“ hervor, das vor kurzem bei Quelle u. Meyer in Leipzig erschienen ist. Der Pädagoge der Berliner Universität hat in diesem Buch eine Darstellung der jugendlichen Seele und ihrer mannigfachen Lebensäußerungen geschaffen und zum erstenmal einen wirklich in die Tiefe weisenden Einblick in dieses an Geheimnissen und Mäßen so überreiche Werden geboten.

Wie die sittliche und erotische Entwicklung des Jugendlichen, wie seinen religiösen Standpunkt und sein Rechtsbewußtsein, wie seine Stellung zu Beruf und Politik, so ordnet er auch das Phantasieleben und Phantasieschaffen des heranwachsenden Menschen in die gesamte typische Lebenslage dieses Alters ein. Der Jugendliche wählt hauptsächlich die Künste zum Ausdruck seiner Erlebnisse, die keine große Technik voraussetzen und ihm am leichtesten eine unbedrängte Ausdrucksmöglichkeit gewähren. Deshalb steht die Poesie an erster Stelle; es folgen Schauspielkunst, Tanzkunst und Musik, während die bildenden Künste, in denen das Kind sich so gern verlor, wegen ihrer schwierigen Technik mehr zurücktreten. Beim Dichten bevorzugt der Jugendliche am meisten die Lyrik, weil sich ihm im Gedicht das beste Mittel darbietet, um die auf ihn einwirkenden Erlebnisse auszusprechen. Er unterschreibt sich hier sehr deutlich von dem dichtenden Kinde. Während dieses fremde Vorbild nachahmt, so schafft er aus eigenem Erlebnis heraus, denn in seiner Seele reist sich so eben etwas Neues, der Anfang einer eigenen Persönlichkeit, der sich in den Versen offenbaren will. Die Gegenstände jugendlicher Lyrik sind die ewigen Gegenstände der Poesie überhaupt: Sehnsucht, Qual und Glück, die Natur und ihre Jahreszeiten, Landschaftsbilder, Todesahnung, Vaterland, Religiöses und Philosophisches. Der Wein steht nicht und gewiß auch nicht die Liebe, aber die letztere herrscht durchaus nicht allgemein vor.

Eine Kunst, die dem jungen Menschen sich vielfach aufdrängt, ist die Schauspielkunst, denn er braucht hier nur nachzuschaffen und wird von seiner Begeisterung, von dem leidenschaftlichen Durchleben der Stunde getragen. Freilich, der echte Schauspieler muß sehr viel lernen, und davon ahnt der Jugendliche nichts, weshalb er öfters glaubt, zum großen Namen berufen zu sein und später Enttäuschungen erlebt. Eine große Rolle spielt auch der Tanz, und nicht nur als sogenanntes „Vergnügen“, sondern auch als eine tiefere Offenbarung künstlerischer Kräfte durch den Körper. „Das heranwachsende Mädchen“, sagt Spranger, „legt die ganze Grazie

Einstellung auf weitere Sicht.

Schwarzweißrote Kengste vor Schwarz-Rot-Gold.

In der Presse der offenen und verkappten Monarchisten kommt die Wut über die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold immer wieder zum Durchbruch. Man steht dem überraschenden Anwachsen dieser Bewegung machtlos gegenüber und fñhlt die eigenen Positionen, die auf Phrasen und bombastischem Festfeiern aufgebaut waren, wanken. Selbst die bei den „Vaterlãndischen“ üblichen Methoden der Verleumdung nützen nichts, weil ihre eigenen Anhänger das unsaubere Spiel zu durchschauen beginnen, für das sie mißbraucht werden sollen. Die Enthüllungen der Vaterlãndischen Verbãnde Rheinland-Westfalens über die Praktiken der Geister, von der Goltz, Westarp, die gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Sozialdemokratie die kindlichsten Verleumdungen in die Welt setzen, wãhrend sie selbst die öffentliche Volksmeinung umzufãhnen versuchen, sprechen Bãnde.

Befolgt man die sogenannte nationale Presse, so erkennt man, daß die Führer der Völkischen und Vaterlãndischen innerlich das Rennen bereits aufgegeben haben. Sie fühlen sich der mächtig anschwellenden republikanischen Bewegung, die es satt hat, der Volksverhetzung der Monarchisten talentlos gegenüberzustehen, nicht gewachsen und wissen nur zu gut, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Tod ihrer eigenen künstlich aufgeblasenen Verbãnde ist. Selbst Ludendorff, der sich bisher nie um die Stimme der Arbeiter gekümmert hat, mußte auf dem Ostpreußenkongress in Lissit bekennen, daß die völkische Bewegung verloren ist, wenn es ihr nicht gelingt, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die Völkischen haben Zeit genug gehabt, um die Stimme der Arbeiter zu werben. Der Enderfolg ist nach anfãnglichen Teilerfolgen ausgeblieben. Die Führer der Völkischen und Vaterlãndischen liegen sich gegenseitig in den Haaren, und die am Narrenseil Geführten wenden der Bewegung den Rücken oder gehen, angeekelt von dem widerwärtigen Schauspiel, zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold über. So ist es sehr bezeichnend, wenn der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover, ein eifriger Förderer der „vaterlãndischen“ Bewegung, in der „Deutschen Zeitung“ offen zu geben muß:

„Die Nachwirkungen des Hitler-Putsch, der von den Gegnern geschürte Streit völkischer Gruppen gegeneinander, Enttäuschung über die langsame politische Entwicklung in Deutschland, die parlamentarische Umschichtung des Wahlergebnisses vom 4. Mai haben in letzter Zeit eine gewisse Stagnation der Bewegung bewirkt.“

Es ist nur zu durchsichtig, wenn dieser völkische Kämpfe behauptet, die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold werde zu einer Gesundung der schwarzweißroten Verbãnde führen, und zu gleicher Zeit zu Rückzug blãßt, indem er sagt, die „weltpolitische Entwicklung“ fordere von der vaterlãndischen Bewegung ihre „Einstellung auf weitere Sicht“. Wie denkt sich Herr Schmidt die Gesundung? Er schreibt:

„Die nächste Aufgabe aller vaterlãndischen Politik muß sein, System und Einheitlichkeit in alle die Bestrebungen zu bringen, die im Scharnhorstischen Geist an der Erweckung unserer Kraft arbeiten.“

Wie oft ist dieser Versuch von den Völkischen und Vaterlãndischen seit Jahr und Tag unternommen worden, ohne zu einem Resultat zu führen! Und heute, wo bei ihnen alles drunter und drüber geht, sollte es besser werden? System und Einheitlichkeit wird in die Bewegung der monarchistischen Partikularen, die Deutschland wieder in das Unglück der Serrentismus-Kleinstateerei zurückwerfen will, nie kommen. Das große Einheitslocher ist nur in der deutschen Republik zu finden unter dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

seiner Seele und die ganze Innigkeit seines Gefñhls in diese Verwechslungsform, die man in früheren Zeiten mit Recht als Gottesdienst empfand. Der mãnnliche Jugendliche ist von Natur weniger leicht imstande, seine Seele in rhythmische Körperbewegung zu ergießen. Aber daß ein tiefer Ernst und eine heilige Selbstveressenheit bei beiden Geschlechtern durch den Tanz bewirkt wird, das sieht man auf den Gesichtern selbst ganz einfacher Paare.“ An letzter Stelle steht die musikalische Schöpfung. Aus dem inneren Bedürfnis des Jugendalters ist es zu erklären, daß in dieser Zeit „jeder dichtet“. Das ästhetische Blãhen der jungen Seele ist eben weit mehr als „bloße Kunst“, ist Lebensnotwendigkeit, die das innere Wachstum des Jugendlichen befördert.

„Hans Sonnenbührens Hölleabend“. Noch ist der Sommer nicht zu Ende und schon fãngt die Winteraison des Theaters an. Ein Trost ist uns geblieben: nach diesem Sommertheater kann es uns nicht schlechter mehr gehen (von der Aneuse wollen wir aber lieber nicht reden). Der Weinhardt-Bernauer-Trupp eröffnete sein Theater in der Königgrãdler Straße (worum nicht Kreisler-Theater?) mit Paul Apels nun schon etwas angejahrten Satire, die im Schillertheater einst viel Spãß machte. Das Publikum hört es immer gern, wenn die Philister verspottet werden. Natürlich, denn es rechnet sich ja nicht dazu. Und dann liebet „der Dichter“ ja seine Ausfälle in die Form des Trauerspiels, das, nach Calderons, Grillparzers und Hauptmanns Vorbild aufgenommen, aber leise parodiert und ins Heitere gewendet wird. Der Traum des jungen Dichters, der vor der drohenden Verlobung mit der braven, spießigen, reichen Rentnerstochter noch ein Schãsschen tut, zeigt ihm, wohin eine solche Ehe führen kann: zur völligen Verzweiflung und zum Mord an der eigenen Frau. Die besondere Note, die die Komödie von Paul Marx ausbrachte, war der phantastisch-parodistische Charakter der Spiechermwelt, die prachtvoll in Gestalt, Tracht, Farbe verziert wurde. Grandios war besonders die Tante Pauline, wie sie Frieda Richard fast unheimlich verkörperte. Der feinere Reiz dieses Traumspiels, der bis zur Hinrichtungszene geführt wird, liegt im Traumweben selbst, das Wirkliches und Phantastisches so bunt mischt und sprunghaft von einem zum andern übergeht und dabei doch das Gefühl einer gewissen Souverãnitãt gegenüber dem Erträumten behãlt. Die Musik H. Weermans illustrierte diese Gemütszustãnde aufs sinnfãhligste. Die Darsteller des Traumerlebnisses folgten willig der Weisung zum Grotesken. Die beiden Mädchen, zwischen denen der Trãumende hin- und hergeworfen wird, die Soelen- und die Geldbraut, wurden mit frischer Natürlichkeit von Erika Weingast und Mary Deischaft gespielt. Der Dichter ist Kurt Wespemann, in allen Sãtzen fest und mit allen Humoren ausgestattet. Das Publikum ging dankbar auf Dichtung, Darstellung und Regie ein.

Die Interessengemeinschaft grüßter Arbeiter, Berlin „Ag“, veranstaltet am 29. August, 8 Uhr, im Sieding-Palace einen Vortragabend. A. B. Wolfslãger spricht: „Ueber Probleme der Reichswehr“.

Eine Erich-Mühlam-Mallonee veranstaltet die Künstlerhilfe am Sonntag, 11. Uhr im Weitzelhof, Rãthener Str. 38.

Anatole Frances Bekunden, das in den letzten Tagen zu Beunruhigungen Anlass gegeben hatte, ist seit Donnerstag wesentlich gebessert. Die Gefahr für das Leben des hochbetagten Reichers scheint überwunden zu sein.

Der unpolitische Stahlhelm.

Auf der Mandatsjagd.

Der schwarzweißrote Stahlhelm ist bekanntlich unpolitisch, gãnzlich unpolitisch. Wenn er für Schwarzweißrot eintritt, wenn er für die Rückkehr zur monarchistischen Staatsform Propaganda macht, wenn er seinerzeit mit fliegenden Fahnen hinter den Charakteren der altdeutschen Diktatur herzieht, so ändert das alles nach den Beteuerungen seiner Führer nichts an der Tatsache, daß der Stahlhelm eine unpolitische Organisation ist, die sich lediglich die Pflege des kameradschaftlichen Geistes und des Geistes der Wehrhaftigkeit zum Ziel gesetzt hat. Nun ist es zwar mit dem Geist der Kameradschaft und der Disziplin im Stahlhelm nicht immer so bestellt, wie es sein sollte, und bitterböse Zungen behaupten, daß in den Reihen seiner Führer durchaus nicht jener Idealismus und jene kameradschaftliche Selbstlosigkeit zu Hause ist, von der in den öffentlichen Veranstaltungen des Bundes so viel die Rede ist, aber — der Stahlhelm steht.

Ober sollte er bereits bedenklich zu wackeln anfangen? Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, liegt dem braunschweigischen Landesauschuß der Demokratischen Partei ein Schreiben der Gauleitung des Stahlhelms vor, das eine Berücksichtigung der von ihm namhaft gemachten Mitglieder bei der Aufstellung der Kandidatenliste für den Landtag fordert. Dem Verdienste seine Krone und dem Stahlhelm sein Halantreuz! Aber wenn sich jeder Gruppenführer des Stahlhelms für zum Landtags- oder Reichstagsabgeordneten ausserordnen hãlt, so ist das alles andere als eine unpolitische Einstellung. Da jedoch der Stahlhelm mit so großem Nachdruck behauptet, unpolitisch und rein „vaterlãndisch“ eingestellt zu sein, muß man annehmen, daß „vaterlãndische“ Bewegung und Stahlhelm im Begriff sind, in die Brüche zu gehen. Die Nation verlassen das Schiff und flüchten nach Ludendorffs hehrem Vorbild in die Parlamente der Republik, allwo man nach kommunistischem Muster neben dem Gedanken der Wehrhaftigkeit die Dãnen pflegen kann.

Wie uns aus Biegnitz gemeldet wird, ist dort der 7000 Mitglieder starke „Neue Stahlhelm“, eine republikanische Gegenorganisation gegen den monarchistischen „Stahlhelm“, zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold übergetreten.

Im Gau Oldenburg-Dãfriesland-Osnabrück macht die Bewegung gute Fortschritte. In kurzer Zeit ist z. B. die Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen auf über 1000 Mann angewachsen. Ministerpräsident a. D. Langen, Reichstagsabg. Hãnkisch, Landtagsabg. Hug, sowie die beiden Gauvorsitzenden Neue und Brunwald haben mit größten Erfolgen bereits 40 Ortsgruppen ins Leben gerufen.

Verfassung und Schule.

Wo bleibt die Disziplin?

Wie aus Chemnitz gemeldet wird, veranstalteten die dortigen höheren Lehranstalten eine nachtrãgliche Verfassungsfeier in Form eines patriotischen Turnfestes. Viele Schüler erschienen in Hitler-Uniform, schwarzweißroten Schleifen und Kokarden oder gar Stahlhelmen (!). Eine Gruppe des Bismarck kam mit wehender Halantreuzfahne auf den Festplatz und nach dem Abschluß der Feiern marschierten die Bismarck- und Stahlhelmlinder in geschlossenem Zuge mit entrollten Halantreuzfahnen ab. Als Gegenstück dazu wird aus dem Werner-Siemens-Realgymnasium in Schöneberg berichtet, daß die dortige Schulleitung dem schwarzrotgoldenen Wimpel, den die letzte Abiturientengeneration für die Schuljahre gestiftet hatte, Urheide geschworen hat. Der Wimpel war eines Tages verschwunden und kam erst nach einer energischen Aktion der Schüler kurz vor der Verfassungsfeier wieder zum Vorschein. Seitdem wurde die Schuljahre nicht mehr gezeigt. Auch am Verfassungstage nicht, an dem ausgerechnet ein als Gegner der Republik bekannter deutschnationaler Studienrat mit der Verfassungsrede beauftragt wurde. Sie war auch danach! Ueber die Verfassung zu sprechen lehnte er mit der Begründung ab, Politik gehöre nicht in die Schule. Die beiden Fälle stehen keineswegs vereinzelt da. So ließ der Leiter der Bismarck-Schule in Wilmersdorf die Schullaube zur Verfassungsfeier durch einen Riesenkranz mit schwarzweißroter Schleife zieren. Die Wehrzucht der Kinder erschien auf höheren Wink mit schwarzweißroten Bãndern und Abzeichen. Kinder mit schwarzrotgoldenen Abzeichen wurden von einzelnen Lehrern bestraft, was zur Folge hatte, daß ihnen diese Abzeichen von „schwarzweißroten“ Kindern unter Schmähdungen abgerissen wurden.

Sind Herrn Boehlitz diese Fälle bekannt? Ist ihm bewußt, daß der Lehrkörper in diesen Fällen die Achtung vor den Reichsfarben, der Reichsverfassung und der bestehenden Staatsform untergrãbt? Ist ihm bewußt, daß der Lehrkörper durch eine derartige Haltung der Achtung vor dem Lehrer unheilbaren Schaden zufügt und auf die Disziplin der Schüler verheerend wirkt? Wie sollen Schulleiter, die nicht soviel Verstand im Kopfe und Disziplin im Leibe haben, um sich selbst im Zaum zu halten, auf die ihnen anvertraute Schulljugend vorbildlich wirken? Was gedenkt der Herr Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung zu tun, um diesen öffentlichen Unfug abzustellen?

Die Redezeit im Reichstag.

Ein Abänderungsantrag.

Der Abgeordnete Fehrenbach (Zentrum) und Genossen haben eine Abänderung des § 87 der Geschäftsordnung beantragt:

Die für die Fraktionen geltende oder jeweils bestimmte Redezeit kann von den Fraktionen und kleineren Gruppen angehörenden Abgeordneten nur bis zu ein Drittel beansprucht werden. Mitglieder, die zu einer Gruppe zusammengefaßt sind, können diesen Anspruch nur durch einen von einer Gruppe zu bestimmenden Vertreter geltend machen.

Dieser Antrag ist von der Deutschen Volkspartei und den Deutsch-Demokraten unterstützt, damit nicht so kleine Gruppen wie der deutschsoziale Kurze und Ahlische im Verhältnis zu anderen Abgeordneten eine viel größere Redezeit in Anspruch nehmen dürfen.

Die Amnestiefrage.

Ein Streit um die Tagesordnung.

Am Schluß der gestrigen Reichstagsitzung kam es zu einem Streit darüber, an welche Stelle in der Tagesordnung von heute ein nationalsozialistischer Amnestieantrag gestellt werden solle. Zunächst wurde gegen die Mitte mit den Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung der heutigen Sitzung beschlossen. Damit war aber noch nicht entschieden, an welche Stelle er gesetzt werden solle. Die Kommunisten wünschten, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die Beratung dieses Antrags vor den Dawes-Gesetzen und behaupteten, dies sei bereits beschlossen. Tatsächlich ergibt das amtliche Protokoll, daß der erste Beschluß in dieser

Frage nur entschied, daß der Amnestieantrag überhaupt auf die Tagesordnung gestellt werden soll. Schließlich erfolgte die Annahme eines Zentrumsvorschlages, den Antrag als letzten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

England sucht Abrüstungsgenossen.

Eine Rede Macdonalds.

London, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald hielt am Mittwoch in Forres (Schottland) eine Rede, in der er auch die Abrüstungsfrage streifte. Großbritannien habe das Washingtoner Abrüstungsabkommen unterzeichnet und es werde auf jeden Fall diesen Vertrag halten und seine Unterchrift achten. Er gehe in den allernãchsten Tagen nach Genf. Was sich dort ereigne, könne er vorläufig noch nicht wissen. Aber das könne er sagen, daß die Abrüstungsfrage dort nur dann vorwãrts kommen könne, wenn England nicht allein bleibe, und die anderen Nationen sich ebenfalls offen und ehrlich zur Abrüstung bereit finden. Den ersten Schritt zu einer besseren neuen Zeit habe kürzlich die Londoner Konferenz gemacht und seine Eindrücke auf der Konferenz gãben ihm den Glauben, daß in Genf ein neuer entscheidender Schritt zur Befriedung Europas getan werde.

General Spears' Abrüstungsplan.

Genf, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Der englische General Spears, liberales Unterhausmitglied und Urheber des Dreimãchtgarantieplans, der beim Völkerbund als Grundloge für die Diskussion der allgemeinen Abrüstung in Aussicht genommen ist, übermittelte dem Vertreter des „Vorwãrts“ in Genf am Donnerstag aus Anlaß der auf der interparlamentarischen Konferenz geführten Abrüstungsdebatte folgende Erklärung:

Als Voraussetzung für die Wirksamkeit meines Planes und die Sicherung des Friedens in Europa betrachte ich eine unmittelbare Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Verständigung muß dahin führen, daß im französischen Volk die Furcht vor einer deutschen Revanche verschwindet und daß durch die neue Politik der gegenseitigen Zusammenarbeit der beiden großen Völker in ganz Europa eine neue Ära des Vertrauens und der Sicherheit eingeleitet wird. Dann wird mein Plan das erfüllen, was ich von ihm erwarte, wenn Frankreich, von jeder Revanchefurcht befreit, eine entschiedene und absolut ehrliche Friedens- und Abrüstungspolitik beginnt. Tritt der Plan in Kraft, so muß nach meiner Ueberzeugung die sofortige Rãumung der besetzten deutschen Gebiete erfolgen. England wird nachdrücklich hierfür eintreten. In bezug auf die bevorstehende Tagung des Völkerbundes, die sich auf die französisch-deutschen Fragen konzentrieren wird, bin ich optimistisch gestimmt. Ich habe kürzlich im Unterhause Macdonald gefragt, wann die Regierung sich zu rãumen gedente, und ich möchte hinzufügen, daß es nach englischer Auffassung unmöglich ist, noch erfolgter Rãumung eine Neubefestigung der Kölner Zone durch eine andere Macht zuzugeden. England leidet, wie alle Völker, unter der Last der militãrischen Ausgaben, und die allgemeine Stimmung für Abrüstungsbeschrãnkungen gewinnt zusehends an Boden. Ich hoffe, daß eine Lösung in naher Zukunft zustande kommt, da ich zu den in beiden Lãndern, Frankreich und Deutschland, jetzt maßgebenden Persönlichkeiten und moralischen Krãften des Vertrauens habe, daß sie die unbedingt erforderlichen großen Zugestãndnisse auf beiden Seiten machen, ohne die eine Lösung des deutsch-französischen Problems niemals möglich sein wird. Nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird der Dreimãchtbündnis England-Frankreich-Deutschland als logische Fortentwicklung dem Völkerbund erst das Gewicht geben, das er zur Erfüllung seiner großen Mission braucht. Der vollen Unterstützung eines in solch neuem Geist geschlossenen Paktes durch die amerikanische Regierung bin ich durchaus sicher, und ich hoffe, bei der Reise, die ich demnãchst nach Amerika unternehme, von maßgebenden Kreisen die Zustimmung dafür zu erhalten, die einen großen Schritt weiter auf dem Weg zu einem wirklichen Völkerbund darstellt. Mein Plan ist in seiner heutigen Gestalt nicht mehr der ursprüngliche; aber er ist auch kein starres Dogma, sondern jede Anregung und Verbesserung werden stets auf fruchtbaren Boden fallen.

Genosse Moutet für die Interparlamentarische Union.

Genf, 28. August. (W.T.B.) Der französische Abg. Moutet (Soz.) erklärte dem hiesigen Vertreter der Agentur Haas, daß der von den Debatten der Interparlamentarischen Union hinterlassene Eindruck durchaus günstig sei. Diese Institution verdiene, von der Welt beachtet zu werden. Bei den Erklärungen der deutschen Vertreter empfanden die Franzosen ein Gefühl der Entspannung. Moutet meint, die Interparlamentarische Union sei die beste Stütze des Völkerbundes; er wünscht, daß sich alle französischen Parlamentarier und besonders die Parteiführer dafür interessieren möchten.

Die 32. Interparlamentarische Konferenz wurde am Donnerstag um 5 Uhr geschlossen, nachdem sie zur Abrüstungsfrage noch einstimmig zwei Anträge angenommen hatte, die eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen und die Schaffung von entmilitãrisierten Zonen bezweckten. Ein Antrag des Benno Lindhagen-Schweden, auf Festlegung der Präsenzstärke sämtlicher Armeen nach dem Vorschlag der Gruppe Deutschösterreich (5000 Soldaten für jede Million Einwohner), wurde nach heftiger Debatte einem Ausschuß zum Studium überwiesen.

Genf, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkerbundstagung wird von einer ungewöhnlich hohen Zahl von Teilnehmern besucht werden. Bisher haben über 300 Journalisten, darunter über 30 aus Deutschland, sich angemeldet. An führenden Parteigenossen werden an der Tagung teilnehmen: Branting-Schweden und Arbeitsminister Borgbjerg-Dãnemark.

London, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Lord Parmoor beabsichtigt, in Genf darauf hinzuwirken, daß die Völkerbundskonferenz die Siege im Völkerbundrat vermehrt und für Deutschland und Rußland Siege zur Verfügung gehalten werden.

Im Zeichen des Friedens.

Londoner Abkommen und besetzte Gebiete.

Wien, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Das britische Kriegsamt hat an die englischen Besatzungsbehörden im Rãdner Gebiet den Befehl erteilt, im Hinblick auf die nahe Rãumung dieses Gebiets alle neuen Arbeiten für die Truppen in dieser Zone aufzugeben und nur dringend notwendige Reparaturen vorzunehmen zu lassen.

Paris, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Das im Juni in Mainz von dem französischen Kriegsgericht gefällte Urteil gegen die deutschen Kommunisten ist jetzt vom Revisionsgericht aufgehoben worden. In der Begründung heißt es, daß durch das Londoner Abkommen die rechtliche Lage zugunsten der Angeklagten geändert sei.

Der Kattowitzer „Volkswille“ konfiszieren. In Kattowitz haben die polnischen Behörden den sozialdemokratischen „Volkswillen“ konfiszieren. Als Grund wird angegeben, das Blatt hätte sich gegen die Veranstaltung der polnischen Herbstmanöver ausgesprochen, die anlässlich der ersten Aufhebung von Militärpflichtigen Schießens in der Gegend zwischen Wieliczka und Zeichen geplant sind, und bedauert, daß auch die deutsche Jugend sich diesem Dienst unterwerfen müsse.

Gewerkschaftsbewegung

Die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Anordnung vom 9. August bringt zwar durchgehends eine Erhöhung der in ihrer Vorgängerin vom 25. April festgelegten Unterstützungshöchstätze, bleibt aber im allgemeinen hinter der vom Reichstag geforderten Neuregelung erheblich zurück. Dieser hatte bereits die vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgeschlagenen Sätze infolge des durch den Finanzminister herbeigeführten Einspruchs des Haushaltsausschusses zum Teil beträchtlich vermindert, war aber wenigstens der von unseren Genossen im Ausschuss durchgesetzten Gleichstellung der Geschlechter beigetreten. Die Regierung hat diesen Grundsatze wieder in weitem Umfange durchbrochen, indem sie nur denjenigen weiblichen Erwerbslosen, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben — für männliche gilt diese Einschränkung nicht — die gleiche Unterstützung wie den männlichen zubilligt.

Nehmen wir von den drei Gruppen, Osten, Mitte und Westen, die zweite, zu der Berlin gehört, und von den fünf Ortsklassen die höchste, so erhalten wir folgende Beträge der wochentlichen Unterstützung in Pfennigen:

	Nach der Anordnung		Erhöhung in Proz.	Erhöht, die auf Grund d. Beschlüsse d. Reichstages hätte erfolgt, wären i. Proz.
	vom 25. April	vom 9. August		
1. männliche über 21 Jahre	84	100	19	20—25
unter 21 Jahre	50	60	20	20—25
2. weibliche über 21 Jahre	67	90*	34	40
unter 21 Jahre	40	55	37 1/2	50
3a. Ehegatten	22	35	59	50
3b. Kinder und andere unterstützungsberechtigte Angehörige	17	25	47	50

* Wenn sie Angehörige zu unterstützen haben, 100 (+ 49 Proz.).

Nur im Falle des Ehegatten ist die Forderung des Reichstages überschritten, sonst ist ein zum Teil erhebliches Zurückbleiben festzustellen.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Anwendung selbst dieser kümmerlichen Sätze, soweit es sich um Familienangehörige handelt, eine sehr bedenkliche Schranke gesetzt ist: Der Gesamtbetrag der Angehörigenunterstützung darf nicht mehr als 150 Prozent der Unterstützung des Familienhauptes, falls dieses aber weibl. ist, sogar nicht mehr als 100 Prozent betragen. Wenn also der Erwerbslose für Frau und Kinder zu sorgen hat, so wird bereits die Unterstützung des fünfjährigen Kindes gekürzt. Alle weiteren aber gehen leer aus. Ist das Familienhaupt eine Frau, so werden schon nicht mehr als vier, wenn aber noch ein erwerbsunfähiger Ehemann mit zu unterstützen ist, nur zwei Kinder voll, ein drittes verfürzt unterstützt, die weiteren aber gar nicht. Eine eigenartige Forderung des Familienzusammenhangs und des Kinderrechts, der sonst nicht hoch genug gepriesen werden kann. Herr Geheimrat Dr. Weigert vom Arbeitsministerium, der im Reichsarbeitsblatt die halbamtliche Erläuterung zu der Verordnung geschrieben hat, hebt die Beschränkung rühmend hervor als einen Schutz vor der Gefahr, daß bei sehr kinderreichen Familien die Unterstützung die Höhe der Löhne, von denen noch Steuern und soziale Leistungen abgehen, erreichen könnte. Ein Wort zur Kennzeichnung solcher „Löhne“ darf an dieser Stelle ja nicht erwartet werden. Dafür erfahren wir, daß der Reichsarbeitsminister die Arbeitsnachweisverordnungen „nochmals besonders“ darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Sätze der Anordnung „nur Höchstätze sind, und daß es deshalb in Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen geboten ist, unter diesen Höchstätzen zu bleiben“. Dabei geben die Sätze in diesen Gegenden, im Wirtschaftsgebiet Osten und in der untersten Ortsklasse, schon um 24 bis 34 Prozent unter die oben angeführten zurück. „Denn darüber besteht ja Einigkeit bei allen (?) wirtschaftlichen Parteien, daß es nicht Sache der Erwerbslosenfürsorge sein kann und sein darf, die Löhne höher zu treiben, als sie nach Lage der Wirtschaft bemessen werden können“, sagte Geheimrat Weigert. Wenn z. B. die „Löhne“ der Wirtschaft die Anlage erheblicher Kapitalien im Ausland oder die Veräußerung großer Beträge im Turnusverbrauch erfordert, und die Löhne entsprechend niedrig gehalten werden „müssen“, so darf um keinen Preis durch eine zum Salten zahlreicher Kinder beinahe ausreichende Erwerbslosenunterstützung dem entgegen gewirkt werden. Daß umgekehrt solche armliehen Unterstellungen vor Entwertung durch künstliche Lebensmittelpreierhöhung geschützt werden müssen, davon ist natürlich bei fast allen heute für die Regierung in Betracht kommenden wirtschaftlichen Parteien keine Rede.

Es kann danach, selbst unter Berücksichtigung der erschwerten Lage unseres Erwerbslebens, keine Rede davon sein, daß die jetzt bewilligten Sätze der Erwerbslosenfürsorge auch nur einigermaßen den zu stellenden Mindestforderungen entsprechen. Hier mit einer ausreichenden Erwerbslosen-, auch Kurzarbeiterfürsorge! bleibt daher nach wie vor unsere Forderung.

Mißstände im Arbeitsnachweiswesen.

Immer noch gewerksmäßige Stellenvermittlung.

Die Beiratsitzung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten in Berlin hatte sich auch mit diesem Thema wieder zu beschäftigen. Zunächst wurde die vom Verbandstag beschlossene Gründung einer freiwilligen Sterbekasse beschlossen, die am 1. Oktober unter dem Namen „Central-Horesca“ (Abkürzung des Verbandnamens) ins Leben tritt. Der Eintritt ist frei, der Beitrag wird im Umlageverfahren erhoben. Das Sterbegeld ist auf 1500 M. festgelegt. Nur Verbandsmitglieder und ihre Ehefrauen sind beitragsberechtigt.

Ferner wurde beschlossen, die Reichskonferenz der Kellner im Laufe des kommenden Winters abzuhalten. Die vom Verbandstag beschlossene Einberufung einer internationalen Konferenz soll für den Monat November erfolgen.

Der vom Bundesvorstand des ADGB zur Durchführung und Finanzierung eines Volksentscheides über den Achtstundentag beschlossene Erhebung eines Extrabeitrages wird ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Zu einer recht lebhaften Aussprache kam es bei der Beratung der Arbeitsnachweisfrage. Einstimmig wurde von allen an der Debatte Beteiligten zum Ausdruck gebracht, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Für die wiedereingereiften

unhaltbaren Zustände im Arbeitsnachweiswesen

wurden besonders die zuständigen Behörden verantwortlich gemacht. Die laze Behandlung aller die öffentlichen Nachweise betreffenden Wünsche und Beschwerden der Arbeitnehmer durch das Reichsarbeitsministerium, die Reichsarbeitsverwaltung und die ihnen untergeordneten Stellen seien schuld, daß die Arbeitsnachweise nicht so funktionieren, wie es im Interesse der Stellenfindenden notwendig ist. Dieser unverständlichen Haltung der Behörden sei es auch zuzuschreiben, daß die gewerksmäßigen Stellenvermittler und die nichtgewerksmäßigen Vereinsnachweise keiner Vereine, deren Effizienz nur auf dem Stellenwechsel begründet sei, sich heute wieder zum Schaden der Arbeitsfindenden und der Allgemeinheit breitmachen. Die Ausplünderung der Arbeitslosen durch die gewerksmäßigen Stellenvermittler stände wieder, wie in der Vorkriegszeit, in voller Blüte. Die von den zuständigen Behörden festgesetzten Vermittlungsgebühren würden von den gewerksmäßigen Stellenvermittlern in den meisten Fällen überschritten. Für feste Stellen würden von den Vermittlern Gebühren bis 100 Mark und nicht selten noch weit darüber hinaus gefordert. Für Ausschickreisen bis 5 Mark und mehr. Fast ebenso stünde es bei den Vermittlungsstellen der vielen kleinen Binnervereine. Die Doppeltätigkeit, mit der die Stellenvermittler wieder auftreten, rühre daher, daß sie so gut wie nicht von den Aufsichtsbehörden kontrolliert werden. Trotz wiederholter Anzeigen gegen nicht genehmigte sogenannte nichtgewerksmäßige Vereinsstellenachweise werde von den Behörden nicht eingegriffen. Es wurde fernerzeit ein Fall in Chemnitz angeführt, wo ein Verein, dem die nachgesuchte Stellenvermittlungserlaubnis abgelehnt worden war, trotzdem sein Bureau eröffnete, ohne daß die Behörde sofort eingriff und den Laden schloß. Viel Schuld trügen aber auch die mit der Arbeitsverwaltung beauftragten Arbeitsnachweisbeamten. Sie fühlten sich mehr als Beamte, denn als Vertreter und Berater der Erwerbslosen. Eine weitere Ursache dieser traurigen Zustände seien auch die völlig unzureichenden Räumlichkeiten der Arbeitsnachweise. Manche Wartezimmer seien in einem solch ständischen Zustande, daß man den Erwerbslosen nicht zumuten kann, sich längere Zeit dort aufzuhalten. Obwohl die Mittel für die Arbeitsnachweise zum größten Teil durch die Erwerbslosenversicherung aufgebracht würden, verweigert die zuständige Behörde oft die kleinsten Beiträge zur Verbesserung der Arbeitsnachweiseinrichtungen.

Das Resultat der Ausrede war, daß neben der Aufrechterhaltung der auf dem Verbandstag in Kassel im Mai 1924 erneut formulierten Forderungen die in den Verwaltungs- und Sachauschüssen sitzenden Kollegen beauftragt werden, energischer wie bisher die den Arbeitnehmern nach dem Arbeitsnachweisgesetz zustehenden Rechte wahrzunehmen.

Nochmals der „nationale“ Arbeitsnachweis.

Herr Forstfessor a. D. Busold, Lübben (N.-L.), Bergstr. 6, schreibt uns:

„Erst heute kommt mir eine Notiz in Ihrer Nummer vom 20. August, überschrieben: Arbeitsvermittlung im nationalen Arbeitsnachweis“ zu Kenntnis.

Dieselbe beschäftigt sich mit der Einstellung von Holzhauern in der Gegend von Custrin. Da ich die dortigen Verhältnisse im Auftrage der Regierung, als Unternehmer, übernommen habe, liegt mir an einer Klärung der Sachlage, da die von Ihnen gebrauchten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen.

Es ist mir abolut gleichgültig, welcher politischen Partei die bei mir beschäftigten Arbeiter angehören, sofern sie ihr Fach verstehen und ihre Arbeit in der Art, wie ein tüchtiger Arbeiter sie verrichtet, durchführen. Die angegebenen Lohnsätze von 5 Mark können von fleißigen Arbeitern erreicht werden, da im Accord gearbeitet wird. Zu welchem Teile sich für die Arbeiter die Verpflegung stellt, vermag ich nicht zu übersehen, da die Verpflegung lediglich Sache des Arbeitnehmers ist.

Es sind neben Hunderten von anderen Arbeitern eine Anzahl Angehörige eines sogenannten nationalen Verbandes beschäftigt worden, doch sind dieselben nach ganz kurzem Versuch aus den verschiedensten Gründen restlos entlassen worden.

Ihre Notiz vom 20. August ist geeignet, falsche Bilder zu er-

wecken, ich muß Sie deshalb ergebenst ersuchen, eine entsprechende Richtigstellung zu bringen und mir davon Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll

Forstfessor a. D. Busold,
Holzverwertung.

Durch diese Erklärung wird keine der in unserer Notiz aufgestellten Behauptungen als unrichtig erwiesen. Die Anschuldigungen richteten sich in der Hauptsache gegen die Art der „Arbeitsvermittlung“ in dem sogenannten nationalen Arbeitsnachweis, der nicht Arbeitskräfte, sondern Arbeitskräfte mit „nationaler“ oder „nationalsozialistischer“ Gesinnung vermittelt.

Soweit ein Vorwurf gegen den Unternehmer erhoben wurde, bestand er darin, daß für staatliche Arbeiten die Arbeiter auf solchen Binnelnachweisen gesucht werden, anstatt sie von den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzufordern. Allein die Zustift des Herrn Forstfessor a. D. gibt uns Veranlassung, seine Auffassungen als Arbeitgeber zu kritisieren. Die Rücksicht zu zeigen, daß ein gut eingearbeiteter — nicht nur fleißiger — Arbeiter im Accord 5 Mark verdienen kann, so darf doch dieser Lohnsatz nicht als Ledermittel benutzt werden, da er sicherlich auch von fleißigen Arbeitern, die mit der Arbeit des Holzfallens nicht vertraut sind, in der ersten Zeit nicht erreicht werden kann. Gewiß ist die Verpflegung Sache des Arbeiters. Wer jedoch Arbeiter von auswärtig, insbesondere von Berlin, heranzieht, muß sich als Unternehmer sehr wohl darum kümmern, ob die Arbeiter auch dabei existieren können. Jedenfalls dürfen nur ledige Arbeiter von auswärts herangezogen werden. Zu den Erfahrungen, die Herr Busold mit den vom „nationalen“ Arbeitsnachweis vermittelten Arbeitskräften mit „nationalsozialistischer“ Gesinnung gemacht hat, protokollieren wir ihm. Sie wären ihm erspart geblieben, wenn er sich lediglich an die öffentlichen Arbeitsnachweise gewandt hätte, was hoffentlich nunmehr geschieht. Um jedoch den Arbeitslosen und schließlich sich selber keine unangenehmen Enttäuschungen zu bereiten, ist selbstverständlich, daß über die Arbeitsbedingungen und Existenzmöglichkeiten für auswärtige Arbeiter genaue Angaben gemacht werden. Wer staatliche Arbeiten ausführen läßt, übernimmt damit gewisse Rücksichten, die in diesem Falle bisher offenbar nicht geübt wurden.

Geschleitere Verhandlungen in der chemischen Industrie.

In der chemischen Industrie Groß-Berlins besteht ein tarifloser Zustand. Als im Mai der Lohnsatz, mit einem Stundenlohn von 48½ bis 51 Pf. für Betriebsarbeiter, abfiel, lehnten die Unternehmer jede weitere Lohnverhöhung ab. Die tariflich vorgegebenen Schlichtungsinstanzen verweigerten, indem kein Schiedsspruch zustande kam. Mehrere Großbetriebe riefen darauf den behördlichen Schlichtungsausschuh Groß-Berlins an. Dieser sprach in seinem Schiedsspruch vom 16. Juli das für die Lohnpolitik der Unternehmer geradezu vernichtende Urteil aus:

„Mit Rücksicht auf die Notlage, in der sich insbesondere die verheirateten Arbeiter befinden, wird, ohne den Verhandlungen über eine generelle Lohnregelung vorzugreifen, folgende Sonderregelung getroffen:

Von der laufenden Lohnwoche ab erhalten die verheirateten Arbeiter eine Zulage von 2 Mark für die Woche und für jedes Kind außerdem 1 Mark für die Woche.“

Bei dem bekannnten sozialen Verhältnis der Arbeitgeber münderten die Arbeiter sich nicht, daß die Herren diesen Spruch ablehnten. Aus uns unbekanntem Gründen hat der staatliche Schlichter die in einem Falle beantragte Verbindlichkeitsklärung abgelehnt.

Bei einem Streitfall der Spinnstoffabrik Zehlendorf über Lohnverhöhung brachte der Vorsitzende eine Vereinbarung dahin zustande, daß die Organisationen nochmals in eine generelle Verhandlung eintraten. Diese Verhandlung fand am 26. August statt, mußte jedoch, da die Unternehmer eine allgemeine Lohnzulage ablehnten, ergebnislos abgebrochen werden. Dem Hinweis der Arbeitnehmer, daß vom Dezember 1923 bis jetzt das allgemeine Lohnniveau in Berlin im Durchschnitt um 13 Pf. gestiegen sei, während in der chemischen Industrie in der entsprechenden Zeit die Löhne nur um 6 Pf. erhöht worden sind, bezeugten die Unternehmer mit Hohe.

Den Arbeitnehmern der chemischen Industrie muß durch das Verhalten der Unternehmer klar geworden sein, daß die Arbeitgeber auswillig die jetzigen Hungerlöhne nicht aufbessern werden. Die kommunikativen Phrasen fürchten die Unternehmer nicht. Es gibt für die Arbeiter nur eines: Erringung besserer Löhne durch Kampf! Darum hinein in die Organisation, hinein in den Verband der Fabrikarbeiter!

SPD-Fraktion der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der Fraktionsversammlung am Montagabend im Gewerkschaftshaus spricht Dr. Paul Lepi, nicht wie irtümlich angegeben, Paul Ede.

Wagnervereinsabend, Kopenhagener Kreis. Am Montag, den 1. September, ab 8 Uhr im Gewerkschaftshaus für die Arbeiter. 29. Teil: 29. Teil: 4882. Die Erziehung und Vermittlung erfolgt nur in der Zeit von 8—10 Uhr vorm.

Beantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Calmano; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Heilmann; A. F. Döhrer; Soziales und Sozialismus: Erik Koch; Anzeigen: H. Gluck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 4, Straß 2, Berlin.

Sophien-Säle Sophiensir. 17
Vereinslokalitäten: Norden 6206

HEVITAN Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben. In Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Internationaler Antikriegstag
am dritten Sonntag im September.

Unsere **Kaufhaus** Tage
beginnen am 30. August.
Der Vielseitigkeit wegen
können wir keine Preise angeben.
Beachten Sie
die Riesenauswahl unserer Fenster.

ROMEO-SCHUHAG
BERLIN LINKSTR. 13 CHASSEESTR. 22.



PROBST
ERL
17/24

Unbestrafte Vorbestrafte.

Auf den Groß-Berliner Kriminalwachen werden täglich noch immer einige hundert Personen vernommen, die sich strafbarer Handlungen, insbesondere der verschiedenartigsten Eigentumsvergehen, schuldig gemacht haben. Die einen sind auf frischer Tat von den „Grünen“ ertappt und zur Wache befördert, die anderen von Kriminalbeamten aus der Wohnung geholt oder zur Vernehmung bestellt worden. Wohnungstöße Straffällige werden grundsätzlich dem Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert, bei den übrigen ist für die Einlieferung neben der Bedeutung der strafbaren Handlung und hartnäckigem Leugnen vor allem auch die Zahl und Art der Vorstrafen maßgebend. Der Gewohnheitsverbrecher kennt diese Praxis natürlich auf das genaueste und hat das stärkste Interesse, die Unterjuchungshaft zu verhindern. Er wird daher bei seiner Vernehmung nicht nur die Tat leugnen, solange man sie ihm nicht beweisen kann, sondern er wird auch auf die kritische Frage, ob er vorbestraft ist, heftigst mit einem glatten Nein antworten oder, um zunächst den Anschein der Wahrheit zu erwecken und den Beamten zu täuschen, ganz unbedeutende Vergehen zugeben, selbst wenn er solche harmlosen Bestrafungen gar nicht auf seinem Konto zu stehen hat.

Das Gewicht am Bein.

In keinem anderen Lande der Welt werden die Strafrechtskollektiven des Staatsbürgers so getreulich registriert wie in Preußen-Deutschland. Was der längst selige Großpapa in einer schwachen Stunde tat, wird unter Umständen noch den Kindeskindern unter die Nase gerieben. Man wird durch irgendein großes Ereignis amnestiert und freut sich der Lösung einer Strafe, wird sie aber trotzdem niemals ganz los, sie hängt dem Unglücklichen gleich einem Gewicht am Bein. Da existieren nämlich auf jeder Kriminalwache hübsche Kästchen, die man Personenstandsregister nennt. Und jede Seele im Polizeibezirk erhält mit der ersten lauten Sache, die dem bürokratischen Registrierapparat in Bewegung setzt, neben dem beim Polizeipräsidenten lagernden Personalaktenstück auch ein „Strafblatt“ beim Revier, zur leichteren Uebersicht in sehr vielen Fällen noch mit einem Kreuz und anderen geheimnisvollen Zeichen geziert. Ob man sich als polizeilich Angemeldeter in zehn verschiedenen Schließzellen oder in dem entlegensten Dorfneft verkrümelt — das Personal- und Strafblatt folgt wie ein Schatten untrennbar nach. Und wenn du amnestiert bist oder das Glück hast, mit dem gefälligen § 51 bedacht zu werden (man munkelt, daß diesen Paragraphen schon einige hunderttausend deutsche Staatsbürger wie einen Toten am Hals zu hängen haben), dann wird durch deine Strafe auf dem Strafblatt ein schöner roter Lintenstrich gemacht, aber jeder, der dich später wieder einmal unter die Lupe nimmt, kann auf den ersten Blick sehen, was du ausgekostet hast. Auch der Herr Staatsanwalt sieht es, der — auf Ehre — dir daraus keinen Strich dreht. Drum also ruht alles Abstreiten schließlich doch nichts. Wenn einer die Anklagebank ziert, liegt sein geschriebenes zweites Ich todfeierlich auf dem Richterisch. Nur ist es das gute Recht des Gewohnheitsverbrechers und jedes anderen Straffälligen, zu leugnen und zu schwindeln, solange es ihm Spaß macht, weil zum Sündenbekenntnis gerade im letzten Augenblick, kurz vor dem Richterspruch und zur Erzielung einer mildereren Strafe, gerade noch Zeit genug ist.

Ueberflüssige Strafangaben.

Bei nicht so ganz wenigen Vernehmungen ist das Verschweigen der Vorstrafen ein gewisses Schamgefühl, herausgewachsen aus der Unvermeidlichkeit der Tatsache, daß in den letzten Jahren unendlich viele Diebstähle aus Rot, zum großen Teil auch durch Raubverurteilung charakterisierter Menschen und unter Verschlebung aller Moralbegriffe, begangen worden sind. Jedemfalls aber stehen fast alle diese Delinquenten unter dem Banne des Gedankens: wozu soll ich selbst die auf die Nase binden, was du ja aus meinem Strafblatt feststellen kannst und vielleicht schon festgestellt hast! Dabei kam ihnen die Hochflut der Straftaten, die seit einem Vierteljahrhundert im Abflauen ist, sehr zufluten. Die vernehmenden Beamten waren überlastet, mußten schnell arbeiten, fanden gar nicht mehr die Zeit,

alle protokolllarischen Angaben gründlich nachzuprüfen. Kürzlich betraf sich ein Diebstahlsverdächtiger förmlich beleidigt auf seine tadellos weiße Weste. Eine halbe Stunde später wies ihm der Beamte nicht weniger als vierzehn Vorstrafen, darunter zwei im Zuchthaus verbüßt, nach. Da packte ihn die Wut: „Was fragen Sie mir denn aus, wenn Sie 't wissen?“ Natürlich ging es nun mit der „braunen Minna“ nach dem Polizeipräsidenten. Neuerdings ist bestimmt wor-



den, daß jedem Protokoll eines Beschuldigten wieder die Strafangaben, möglichst sogar mit Kennzeichen, beizufügen sind.

Bewährungsfrist für Vorstrafen.

Die Sache hat aber auch sehr ernste Seiten. Erstlich verschont das Registrierungssystem selbst solche Leute nicht, die vor Anno Lobat, infolge einer Jugendbetelei, entlassen sind und nach vielen Jahren in einen vielleicht ganz unbegründeten Verdacht hineingezogen werden. Schnurstraks wird die Vergangenheit, wird längst Gehöhntes aus den Aktenakten hervorgeholt. Wozu das unbedingt sein? Muß der Fürsorgezögling bis zu seinem Tode ein Fürsorgezögling, der Vorbestrafte immer ein Bestrafter bleiben, auch wenn längst Gras über dumme Geschichten gewachsen ist? Hier fehlt das eines freien, auf geistiger Höhe stehenden Staatsmannes würdige Moment des Verzeihens und Vergessens, das wahrhaft freie Menschen schafft und einen dunklen Punkt aus dem Vorleben gänzlich

aus der Welt schafft. Haben wir es heute in der Strafrechtspflege schon zum System der Bewährungsfrist gebracht (wasm wirkt unser neuer Reichsjustizminister auch das wieder über Bord?), so ist es eine logische Folgerung, eine Bewährungsfrist auch für die endgültige Lösung von Vorstrafen einzuführen, mindestens für alle weniger bedeutenden Straffälle, die sonst dem Vorbestraften durch sein ganzes Leben nachlaufen. Vorstrafen verfolgen den Bestraften, was noch weit ernster zu nehmen ist, sogar weit über den amtlichen und gerichtlichen Wirkungsbereich hinaus in seinem Erwerbleben. Der selbige Hauptmann von Köpenick, der zu seinem unsterblichen Geniestreich veranlaßt wurde, weil er als ehemaliger Zuchthäuser verfeimt war, ist nur das bekannteste von sehr zahlreichen Beispielen. Wie tröstlos es in Wirklichkeit aussieht und wie so mancher Entgleiste wegen der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, bald wieder Arbeit zu finden, in die Verbrechertalbahn geradezu hineingetrieben wird, erfährt die große Öffentlichkeit nicht. Die deutschen Richter wissen es, der Staat weiß es auch. Gestan wird so gut wie nichts, diesem Krebschaden durch einen sozusagen pädagogischen Verbrecherabbau energisch zuleibe zu gehen. Es gibt zahlreiche Firmen, kleine und große, die auf Weisheit ihrer Verbände jeden im Vertriebe auf einer größeren Unehrlichkeit ertappten Sünder bei der Verbandsleitung „anmelden“. Hier wird eine schwarze Liste geführt, deren Einsicht allen Verbandsmitgliedern freisteht. Also auch da wirkt sich die Registrierung zu einem lebenslänglichen Damoklosschwert aus. Wer in der Liste steht, ist verfeimt, ist für seine Branche erwerblos, wenn er nicht einen Arbeitgeber findet, der seine Erkundigung einzieht. Gewiß ist es verständlich, wenn ein Chef möglichen Verlusten vorzubeugen sucht.

Man soll nicht systematisch dem Bestrauchten den Faden der Besserung mit der Absicht zu ehlicher Arbeit abschneiden. Viele brüchige Existenzen könnten wieder zu festem Halt gebracht werden, wenn man sich mehr dazu erziehen wollte, alles Menschliche menschlicher zu beurteilen, jeder Entgleisung auf den Grund der sozialen Verhältnisse zu gehen und Geschickerte emporzuziehen, anstatt sie wie Parias abzustößen.

Straußenrennen.

Mit den Stierkämpfen ist es Gott sei Dank nichts geworden in Berlin. Nun will man es mit Straußenrennen versuchen, und bereits am nächsten Sonntag wird, wie wir mitgeteilt haben, das erste Rennen veranstaltet. Auf Sensation, neuestes, allerneuestes — denn Straußenrennen sind noch niemals in Europa gezeigt worden — geht man auch hier aus. Aber hier hat man es nicht, das muß anerkannt und betont werden, mit Rohheit und dem Reiz auf niedrige Instinkte zu tun? Es handelt sich hierbei auch um interessante Experimente der Tierdressur. Franco Meloni hat die Tiere dressiert und trainiert; in Wien hat sich ein Konsortium zur Veranstaltung von Straußenrennen gebildet und in Berlin wird die Premiere stattfinden, der am Sonntag in acht Tagen ein zweites Rennen folgen soll. Dann beabsichtigt man, in London, in Paris und in Wien derartige Rennen zu veranstalten.

Für diese Rennen sind 22 Strauße dressiert und trainiert, die sich im Alter von 3 bis 5 Jahren befinden. In Berlin wird man aber nur 10 Strauße am Start sehen, da die übrigen zwölf sich noch auf dem Transport befinden. Dieses erste Rennen wird denn auch mehr den Charakter einer Tierchau, als den Stempel des Sports tragen. Hier werden zunächst noch die Reiter und Jockeys an den Tieren fehlen, die in Südafrika bei den Straußenrennen eine große Rolle spielen. In Berlin werden die Tiere beim Rennen vor zweirädrige Wagen gespannt, sogenannte Jultys, wie man sie von den Trabrennen kennt, der Fahrer steigt auf, der Starter gibt das Zeichen und los geht es. Sie werden auf die lange Reise geschickt, wie der routinierte Sportberichterstatter sagt. Die Rennen gehen über die Entfernung von 1200 bis 3000 Meter, und in jedem Rennen werden voraussichtlich drei Strauße starten. Um den Tag nun ein wenig abwechslungsreicher zu gestalten, werden daneben noch Pferderennen veranstaltet, aber in besonderer und eigenartiger Form. Man hat zurückgegriffen auf die Rennen im alten Rom und Griechenland, und wird auch in Berlin die alten vier- rädrigen Wagen, die Quadriga, und die zweirädrigen Karren, die

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

(Schluß.)

Der Richter verlas den Namen: Andreas Bum, er murmelte die Daten, die Konfession, den Geburtsort, den Beruf. Dann erhob er seine Stimme, die tief und weich war, und sagte ein paar Worte, die wie in Samt gehüllt waren. Andreas hatte nur den Klang der Stimme gehört und nicht, was der Richter sagte. Dennoch wußte er, daß man ihn auf-forderte, zu erzählen.

Plötzlich entsann er sich, daß er noch die bunten Orden an seiner Brust trug, die ihm Willi gekauft hatte. Er riß sie schnell herunter und behielt sie in der Faust. Gleichzeitig bemerkte er, daß die Wände des Gerichtssaales aus blaßblauen Kacheln bestanden, ähnlich denen der Toilette im Café Halali. Von der Decke, die unendlich hoch sein mußte, zu der er aber nicht emporzublicken wagte, wehte es kühl und duftend, wie im Sommer aus einem verdunkelten Friseurladen.

Er hustete einmal kurz und begann zu sprechen. Er fing mit der Schilderung der Szene auf der Plattform an. Aber der Richter streckte seine lange, schöne Hand aus, die aus den weiten Ärmeln der Toga weiß und edel herauswuchs und machte eine abwehrende Bewegung. Zugleich ertönte seine Stimme, weich und dunkel, obwohl er die Lippen gar nicht bewegte. Das schien Andreas sehr wunderbar. Er hatte einmal als Knabe einen Bauchredner gehört. Aber dessen Stimme hatte gröhlernd geklungen. Außerdem war ein Richter bestimmt kein Bauchredner. Wie aber war es dennoch möglich, daß er mit geschlossenen Lippen klar und rein die Worte sprach:

„Andreas, was hast du auf dem Herzen?“

Andreas wunderte sich noch mehr über das „Du“. Aber plötzlich fiel ihm ein, daß er ja ein kleiner Junge war. Er trug kurze Hosen. Er hatte beide Beine und war barfuß. Seine Knie waren vom letzten Fall auf die Kieselsteine des Schotterhausens am Fluhuser zerhunden, rot und brennend.

Er dachte gerade über diese seltsame Verwandlung nach, als Musik ertönte. Im ersten Augenblick erinnerte sie an den Veiterkasten. Dann aber schollen die Klänge an, sie rauschten, fluteten, fanften wieder in sich zusammen, begannen zu flüstern, entfernten sich und kehrten zurück. Viele Menschen waren im Saal. Sie knieten nieder. Die Kerzen zu beiden Seiten des Kreuzes brannten golden und verbreiteten einen Duft von Weihrauch und Stearin.

Da begriff Andreas, daß er tot war und vor dem himmlischen Richter. Auch war er kein Knabe mehr. Er allein stand im ganzen Saal unter tausend Knienenden. Er trat einen Schritt vor und stieß die Krüde auf, aber sie verurteilte kein Geräusch. Andreas merkte, daß er auf weichen Wolken stand. Er erinnerte sich an die Rede, die er für die irdische Gerichtsverhandlung präpariert hatte. Ein starker Zorn wuchs in ihm, sein Angesicht flammte und seine Seele gebar Worte, zornige, purpurne Worte, tausend, zehntausend, Millionen Worte. Wie hatte er sie gehört, gedacht oder gelesen. Tief in ihm hatten sie geschlagen, gebändigt von dem armseligen Verstand, verkümmert unter der graulichen Hülle des Lebens. Jetzt sprossen sie auf und fielen von ihm ab, wie Blüten von einem Baum. Im Hintergrund klang leise und in feierlicher Behmut die Musik. Andreas hörte sie zugleich mit dem Rauschen seiner eigenen Rede:

„Aus meiner frommen Demut bin ich erwacht zu rotem, rebellischem Trotz. Ich möchte dich leugnen, Gott, wenn ich lebendig wäre und nicht vor dir stünde. Da ich dich aber mit meinen Augen sehe und mit meinen Ohren höre, muß ich Böses tun, als dich leugnen: ich muß dich schmähen! Millionen meinesgleichen zeugt du in deiner fruchtlosen Sinnlosigkeit, sie wachsen auf, gläubig und geduckt, sie leiden Schläge in deinem Namen, sie grüßen Kaiser, Könige und Regierungen in deinem Namen, sie lassen sich von Kugeln eiternde Wunden in die Leiber bohren und von dreikantigen Bajonetten in die Herzen stechen, oder sie schleichen unter dem Joch deiner arbeitsreichen Tage, sonntägliche, saure Feste umrahmen mit billigem Glanz ihre graulichen Wochen, sie hungern und schweigen, ihre Kinder verdorren, ihre Weiber werden falsch und häßlich, Geseke wuchern wie südlische Schlingpflanzen auf ihren Wegen, ihre Füße verwickeln sich im Gestrüpp deiner Gebote, sie fallen urd stehen zu dir und du hebst sie nicht auf. Deine weißen Hände mühten rot sein, dein steinernes Angesicht verzerrt, dein gerader Leib gekrümmt, wie die Leiber meiner Kameraden mit Rückenmarkschwaffen. Andere, die du liebst und nährst, dürfen uns züchtigen und müssen dich nicht einmal preisen. Ihnen erläßt du Gebete und Opfer, Rechtschaffenheit und Demut, damit sie uns betrügen. Wir schleppen die Lasten ihres Reichtums und ihrer Körper, ihrer Sünden und ihrer Strafen, wir nehmen ihnen den Schmerz und die Sühne ab, ihre Schuld und ihre Verbrechen, wir mordeten uns selbst, sie brauchen es nur zu wünschen; sie wollen Krüppel sehen und wir gehen hin und verlieren unsere Beine aus den Gelenken; sie wollen Blinden sehen und wir lassen uns blenden; sie wollen nicht gehört werden, also werden wir taub; sie allein wollen schmecken und riechen und wir

schleudern Granaten gegen unsere Nasen und Mäuler; sie allein wollen essen und wir mahlen das Mehl. Du aber bist vorhanden und rührst dich nicht? Gegen dich rebelliere ich, nicht gegen jene. Du bist schuldig, nicht deine Schergen. Hast du Millionen Welten und weißt dir keinen Rat? Wie ohnmächtig ist deine Allmacht! Hast du Milliarden Geschäfte und irrst dich in den einzelnen? Was bist du für ein Gott! Ist deine Graufamkeit Weisheit, die wir nicht verstehen, — wie mangelhaft hast du uns geschaffen! Müßen wir leiden, weshalb leiden wir nicht alle gleich? Hast du nicht genug Segen für alle, so verteile ihn gerecht! Bin ich ein Sünder — ich wollte Gutes tun! Weshalb liebst du mich die kleinen Vögel nicht füttern? Nährst du sie selbst, dann nährst du sie schlecht. Ach, ich wollte, ich könnte dich noch leugnen. Du aber bist da. Einzig, allmächtig, unerbittlich, die höchste Instanz, ewig — und es ist keine Hoffnung, daß dich Strafe trifft, daß dich der Tod zu einer Wolke zerbläst, daß dein Herz erwacht. Ich will deine Gnade nicht! Schick mich in die Hölle!“

Die letzten Sätze hatte Andreas nach einer unbekanntem fremden, wunderbaren Melodie gesungen. Immer noch klang die Musik wie ein Orchester aus tausend Seufzern.

Da hob der Richter die Hand und seine Stimme tönte: „Willst du ein Diener im Museum sein, oder Wächter in einem grünen Park oder einen kleinen Tabakverschleiß an der Straßenecke haben?“

„Ich will in die Hölle!“ antwortete Andreas.

Da war auf einmal Musik, der kleine Esel, neben Andreas und führte den Veiterkasten, aus dem Töne drangen, obwohl die Kurbel nicht bewegt wurde. Der Papagei Ignaz stand auf Andreas' Schulter. Der Richter erhob sich, er wurde groß und größer, sein graues Angesicht begann weiß zu leuchten, seine roten Lippen öffneten sich und lächelten. Andreas begann zu weinen. Er wußte nicht, ob er im Himmel oder in der Hölle war.

Man sperrte die Herrentoilette im Café Halali und ließ die Herren in die Damenabteilung für diesen Abend. Nachdem sich alle Gäste entfernt hatten, schaffte man die Leiche Andreas' Bums weg. Sie kam nach einigen Tagen, weil gerade Leichenmangel war und obwohl sie nur ein Bein hatte, ins Anatomische Institut und erhielt, dank einem geheimnisvollen Zufall, die Nummer 73, dieselbe, die der Häßling Andreas getragen hatte. Ehe man die Leiche in den Seziersaal trug, kam Willi, um Abschied zu nehmen. Er wollte gerade anfangen zu weinen. Da fiel ihm schnell das Lieb ein, das er immer zu pflegen pflegte.

Und pfeifend ging er einen Oasis für die Toilette suchen.

Sitze, auf die Bahn bringen. Die Wagen werden gelenkt von hiesigen Führern. Dabei wird man interessante Beobachtungen machen können über den Unterschied in der Geschwindigkeit zwischen Strauß und Pferd. Später soll Wettlaufen zwischen Pferd und Strauß stattfinden, um genaue Messungen der Leistungsfähigkeiten vornehmen zu können.

Für die Unantwogen, für die es ohne Betteln keine Kennen gibt, sei mitgeteilt, daß man am Sonntag zwar keine offiziellen Buchmacher und keine richtig gebenden Totalisator antreffen, daß man aber trotzdem wird Betteln abschließen können.

Aus den Krawallen im Scheunenviertel.

Ein Mißhandlungsprozess gegen Schutzpolizeibeamte.

Die meisten Tatumfälle, die am 5. November 1923 sich im Scheunenviertel ereigneten und bei denen Juden jüdischer Geschäftsleute geplündert und Juden auf offener Straße beraubt wurden, hatten gestern ein Nachspiel vor Gericht.

Am jenseitigen Tage war ein Trupp von Mitgliedern des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten mit Gummischläppeln und Revolvern betraut, die im Scheunenviertel gegen die vertriebenen Juden zu schreiten. Sie wurden aber selber von den Tatumtanten bedrängt, und es fiel schließlich ein Schutz, der einen Mann aus der Menge traf und tötete. Über den Schutz abgegebene hat, ist niemals festzustellen gewesen. Aber aus der Menge wurde der im Katakomben anrückenden Polizei zugeworfen: „Die Juden haben geschossen!“ und die zu dem Trupp gehörenden Juden wurde dann festgenommen. Beim Transport zur Polizeilehrerle und nachher auch auf dem Kasernehof wurden die Verhafteten von Polizeibeamten beschimpft und mißhandelt. Die später gegen die jüdischen Frontsoldaten erhobene Anklage, einen bewaffneten Haufen gebildet zu haben, wurde mit Freisprechung, weil sie in Notwehr ihren bedrückten Glaubensgenossen zu Hilfe gekommen seien. Anklage wurde aber gegen fünf Polizeibeamte erhoben, die von den Verhafteten beschuldigt wurden, sich an den Bestimpfungen und Mißhandlungen beteiligt zu haben.

Vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich gestern zu verantworten wegen Mißhandlung die Polizeiwachmeister Bunte und Marzintewitz (der gleichfalls angeklagte Polizeiwachmeister Schreiber war nicht erschienen) und wegen Beleidigung der Polizeiwachmeister Domei und der Polizeihauptmann Dubbe. Als Nebenkläger waren zwei der Mißhandlungen zugelassen, Dr. Bernhardt und Hübner. Alle Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Straftaten und versicherten, auch von anderen Beamten keine Mißhandlung und Beleidigung der Verhafteten bemerkt zu haben. Dagegen behaupteten die acht damals verhafteten Juden, daß sie während der Fahrt im Auto der Polizei aufs grösste beschimpft und von fast allen mitführenden Beamten mit Fausthieben, Kolbenstößen und Fausthieben mißhandelt worden seien. Dr. Bernhardt, der Führer des Trupps jüdischer Frontsoldaten, erlitt bei den Mißhandlungen einen Fingerbruch. Auch aus der Menge wurde gerufen: „Schlagt die Juden tot!“ Worauf ein Beamter geantwortet haben soll: „Schlagt zu! Ich sehe nichts.“ Nach der Ankunft auf dem Kasernehof in der Alexanderstraße wurden die Verhafteten, so befanden sie weiter, von Polizeibeamten beschimpft, die Judenbände mußte man an die Wand stellen, aufgehängt, totschlagen. Selbst Hauptmann Dubbe soll sich so ähnlich geäußert haben. Sie mußten die Hände hoch halten, wurden nach Westen durchsucht, erhielten dabei Fausthiebe. Auf dem Transport zur Vernehmung wurden einige nochmals mit Fausthieben, Kolbenstößen und Fausthieben mißhandelt. Wachmeister Bunte soll sich bei den Mißhandlungen besonders hervorgetan haben. Einer der Mißhandelten erzwangte vor Gericht, daß aus seiner ihm von einem Beamten abgenommenen Brieftasche ein Betrag entwendet worden und ihm auch seine Uhr abhanden gekommen sei. Einem anderen wurde in der Kaserne von einem Beamten das G.-A.-Band aus dem Knopfloch genommen mit den Worten: „Juden brauchen das G.-A.-Band nicht zu tragen.“ Zwei nichtjüdische Personen, die bei der Festnahme der Juden sich als Zeugen gemeldet hatten und auf dem Polizeiauto mit zur Kaserne gefahren waren, bestätigten vor Gericht die von ihnen während der Fahrt beobachteten Mißhandlungen. Zur Sprache kam auch, daß einer dieser Zeugen von einem Beamten, der sich Domei nannte (aber von dem Zeugen nicht sicher in dem Angeklagten Domei wiedererkannt wird), in seiner Wohnung ausgesucht wurde. Der Befucher habe ihm gesagt: „Sie wissen doch Beleidigt! Wir werden die Sache schon beschließen.“ Domei bestritt sehr entschieden, einen solchen Besuch gemacht zu haben. Sieben als Zeugen vernommene Polizeibeamte erklärten, keine Mißhandlungen gesehen zu haben, und die meisten wußten auch von Bestimpfungen nichts.

Der Staatsanwalt sah als erwiesen an, daß die Verhafteten beschimpft und schwer mißhandelt worden seien, obwohl sie bei der Festnahme keinen Widerstand geleistet hatten. Die Straftaten seien teils aus Bosheit, teils aus Antisemitismus zu erklären. Schutzpolizisten, die sich zu Mißhandlungen hinreihen lassen und dadurch das Vertrauen zum Staat untergraben, seien streng zu bestrafen. Er beantragte, wegen Mißhandlung im Amt Bunte zu 9 Monaten Gefängnis und Marzintewitz zu 6 Monaten Gefängnis und beide auf 3 Jahre zum Verlust der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes, wegen Beleidigung Domei zu 1 Woche Gefängnis und Dubbe zu 100 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Die Verteidiger hielten die Beweise für nicht ausreichend und beantragten Freisprechung für alle Angeklagten. Das Gericht kam zur Freisprechung für Dubbe und Marzintewitz, weil gegen sie nur die Aussage je eines Zeugen sprach. Einer konnte sich frei machen, wenn auch der gute Glaube nicht angezweifelt werden sollte. Verurteilt wurden Domei wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe und Bunte wegen fortgesetzter Mißhandlungen

zu 3 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Amtsbeziehung auf 3 Jahre.

Nochmal: „Lied“ muß sie sein.

Wir berichteten dieser Tage über eine Verhandlung beim Kaufmannsgericht, in welcher die Klage einer Kontoristin H. gegen ihren Chef auf Zahlung eines Monatsgehältes verhandelt wurde. Die Klägerin hatte ihre Stellung verloren, weil ihr vom Beklagten unbillige Anträge gestellt worden waren. Gegen denselben Herrn Schneider richtete sich die Klage der Nachfolgerin des Fräulein H., einer Kontoristin L., die ebenfalls von ihm entlassen worden war. Auch in diesem Falle hatte nach Angabe der Klägerin der Herr Chef sie zu lassen verweigert, ihr versprochen, mit ihr auszugehen und auch sonst die Erfüllung aller Wünsche zugesagt, wenn sie ihm zu Willen sei. Als die Klägerin daraufhin ihr Dienstverhältnis löste, zahlte ihr Sch. nur einen Teilbetrag des Gehältes; da aber die Klägerin auf Auszahlung des ganzen Monatsgehältes bestand, gab ihr der Beklagte stattdessen eine Uhrzeige. Vor dem Kaufmannsgericht bestritt Sch. auch diesmal wieder alles. Es kam beinahe so heraus, daß er noch der Geschädigte bei der Sache ist. Der Beklagte bestritt auch, daß die Klägerin überhaupt in einem Anstellungsverhältnis mit ihm gestanden habe. Unter diesen Umständen wurde ein Kammertermin anberaumt, bei dem dann wohl der Beklagte wegen seiner Unglaubwürdigkeit kaum zur endlichen Beträufung seiner Aussagen herangezogen werden dürfte.

Zirkus Krone in Berlin.

Auf dem „Exer“ an der Schönhauser Allee ist jetzt der Zirkus Krone eingetroffen und hat mit seinem Drum und Dran an zehnten und wilden Tieren so ziemlich die ganze Gegend mit Beschlag belegt. Es erhebt sich dort ein mächtiges Zirkuszelt, das nach amerikanischem Muster nicht weniger als drei Manegen enthält, woran sich endlose Festzüge schlängeln, die die Ställe für die Tiere beherbergen. Im ganzen handelt es sich um etwa 300 Vierfüßler aller Art, vom Elefanten bis zum Pferd. Soch ein moderner Zirkus-Tiere-Wanderpark bedarf natürlich einiger Zeit zum Aufstellen. Und so bietet sich im Augenblick zwischen Sand und fahlen Grasnarben noch ein vielversprechendes Durcheinander, aus dem erst bei der heutigen Eröffnungspartie etwas werden soll. In den umliegenden Straßen bewundert man die zehenden Gruppen von Elefanten, Kamelen und Zirkuswagen, und harret der ohne Zweifel erfreulichen Dinge, die da noch kommen sollen. In einem Abend werden in drei Manegen 85 zirkusische Nummern gespielt — genau für den Anspruchsstellen.

Ein Eifersuchtsdelikt. Der Schlächter Walter Roschitz, Gängelestr. 47, wurde gestern abend von dem Schlächter Henschel, Wilhelmstraße wohnhaft, aus Eifersucht erschossen. Frau Henschel befand sich in dem Geschäft des Roschitz in der Gängelestraße und wurde dort von ihrem Mann überfallen. Der den Schlächter sofort über den Haufen schob. Ein Schuß traf in den Hals, worauf der Angeklopfene tot zusammenbrach. Darauf schoß der Ehemann auf seine Frau, die in das Krankenhaus transportiert wurde. Der Täter wurde verhaftet.

In der Trepten-Straßenbahn finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, 24. August, 8 und 9 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Montag, 25. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Dienstag, 26. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Mittwoch, 27. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Donnerstag, 28. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Freitag, 29. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Samstag, 30. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel). Sonntag, 31. August, 8 Uhr: „Die Bestigung des Mount Everest“ (Schöneberg, Märkische Viertel).

Die Verwundeten der „Kardic“. Die Zahl der auf dem Postdampfer „Kardic“ infolge des Orkans Verwundeten beläuft sich nach einer New Yorker Meldung auf 52, darunter 35 Passagiere. Sieben Verletzte wurden in das Hospital eingeliefert. Der gleichfalls der „Kardic“-Star-Linie angehörende Dampfer „Comeric“ wurde ebenfalls durch den Orkan beschädigt. Die Zahl der Verletzten auf diesem Dampfer beträgt acht. Andere Schiffe sind ebenfalls beschädigt worden.

Weiter für Berlin und Umgegend. Nach kurzer Aufbesserung wieder Erkältung mit Regenfällen und etwas wärmer bei aufziehenden südwestlichen Winden. — Für Deutschland. Südostwärts fortschreitende neue Regengüsse.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 29. August. Tageszeitung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Übermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.20—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Friedrich Schwardfeger: „Goethes Haushalt“. 8.10 Uhr abends: Vortrag des Herrn Lombardino: „Automobilpolitik“. 9—10 Uhr abends: Konzert 1. Ballade (Moll für Klavier, Chopin). Hans Beer. 2. Wacht auf (Cantate) Franz Tunder (um 1650). Hans Hermann Nissen (Große Volksoper, Berlin). 3. I. und III. Satz aus dem Konzert für Flöte, Klarinette, Friedrich Thomas, Soloflötist des Berliner Philharmonischen Orchesters. 4. a) Der Tod und das Mädchen, Schubert. b) Im Abendrot, Schubert. c) Rastlose Liebe, Schubert. Konzertsängerin Pauline Dohert. 5. Ballade für Klavier, Brahms. Hans Beer. 6. a) Feldmarschall, Brahms. b) Sapphische Ode, Brahms. c) Ständchen, Brahms. Konzertsängerin Pauline Dohert. 7. a) Sonate, Haydn. b) Bravourwälder, Fährmeister. Friedrich Thomas, Soloflötist des Berliner Philharmonischen Orchesters. 8. An die Musik, Schubert. b) Dem Unendlichen, Schubert. Hans Hermann Nissen (Große Volksoper, Berlin). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung für diese Rubrik sind... Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

Morgen, Sonnabend, den 30. August. 27. Abt. 2 Uhr Frauenausflug nach dem „Frieden Hofmann“ (Gunglstr. 10). Treffpunkt 2 Uhr Hausburgstraße. Ede Landberger Allee (Waldhofstraße). Gäste willkommen.

Lebermorgen, Sonntag, den 31. August. 3. Abt. Ausflug mit Frauen und Kindern nach der Königsheide. Treffpunkt 10 Uhr am Bahnhof Baumhaustrasse. Nachhaken fahren mit der Bahn oder Straßenbahn die Baumhaustrasse. Dann die Baumhaustrasse entlang bis zum Festzelt. Dort links bei Baumhaustrasse. Durchgang zum Waldspielplatz. Rundvortrag ist mitzubringen. Kaffeestunde ab 2 Uhr. Rückkehr 4 Uhr.

28. Abt. Steglitz. Genossen und Parteifreunde, die an der Sommerfeier der 14. Abt. teilzunehmen, treffen sich um 1/2 8 Uhr Kling. Ede Allee 10.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, abends 8 Uhr. Kranzfeier: Jugendheim, Tilsiter Str. 43. Bierkränzchen. — Friedrichshagen: Jugendheim, Offenbacher Str. 16. Vortrag: „Volkshaus — Obliegenheiten.“ — Köpenick: Jugendheim, Waldenburger Str. 10. Besondere Entfaltung der Sozialdemokratie. — Köpenick: Jugendheim, Seestraße 1. Vortrag: „Sexualität der Jugend als Erziehung und Bildung.“ — Köpenick: Jugendheim, Seestraße 1. Vortrag: „Werbung und Erziehung im Weltall.“ — Köpenick: Jugendheim, Seestraße 1. Vortrag: „Werbung und Erziehung im Weltall.“ — Köpenick: Jugendheim, Seestraße 1. Vortrag: „Werbung und Erziehung im Weltall.“

Arbeitersport.

Freie Schwimmer Kräfte. Am Sonnabend, den 29. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Teipow, Märkische Str. 14, unsere Monatsversammlung statt. Ersuchen aller Mitglieder ist Pflicht.

Freie Schwimmer Schwimmklub 04. S. S. Kama- und Segel-Abteilung. Sitzung am Freitag, 29. August, 7 1/2 Uhr, bei Herrn Schlichter, 45. Wichtige Besprechung. Ersuchen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste herzlich willkommen.

Der Kreuzberger Arbeiter-Sportklub spielt jeden Dienstag Fußball. 18 bei Reichthum, abends 7 Uhr. Jugendabteilung: Schlichter, 44 (Jugendheim), Donnerstag 7 Uhr. Delfisch Unterricht und Teilnahme für jedermann frei.

Freie Turnerklub Wilmersdorf. Morgen, Sonnabend, nachmittags ab 1/2 4 Uhr auf dem Vereinsplatz in der Wilmersdorfer Straße Fußball- und Hockeyspiele. Nachdem Einweihung des neuen Vereinsheimes mit gefälligem Willkommen (Wursthessen). Besprechungen ab heute, Freitag, auf dem Platz. Gäste willkommen. Das Abbestimmen findet ab nächster Woche an den üblichen Abenden wieder in den Turnhallen statt. Die Turnabteilungen kommen Dienstag nach dem Turnen zur Versammlung im Turnheim. Beginn 9 1/2 Uhr.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 28. August. 1. Rennen. 1. Fank Martin (Sänger), 2. Richard (Schwarz), 3. Schmidt II (K. Gröbel). Toto: 31: 10. Platz: 15, 105, 14: 10. Ferner liefen: Kurtsen, Gnädigste, Orlan II, Robrina, Rekolga, Blauschwarz, Da Berke.

2. Rennen. 1. Rüdgrat (Schüller), 2. Teresina (Strell), 3. Schumherr (Dertel). Toto: 21: 10. Platz: 14, 32: 10. Ferner liefen: Spöw, Pennemädchen.

3. Rennen. 1. Helberg (v. Gartsberg), 2. Rintel (Schmizer), 3. Della, gel. (Hofertorn). Toto: 12: 10. Drei liefen.

4. Rennen. 1. Delfisch (V. Remick), 2. Wenzlein (Wilmersdorf), 3. Verließ (Dertel). Toto: 44: 10. Platz: 29, 23: 10. Ferner liefen: Rubel, Lebensmorce, Gigerl.

5. Rennen. 1. Volbia (Zimmermann), 2. Parfival (D. Müller), 3. Frau (A. Kasper). Toto: 16: 10. Platz: 10, 11, 11: 10. Ferner liefen: Gonga Gora, Torquato, Strahburg, Kna.

6. Rennen. 1. Köhler (v. Felger), 2. Rappelfopf (v. Gartsberg), 3. Udoher (v. Falkhahn). Toto: 14: 10. Platz: 10, 13: 10. Ferner lief: Sham Dch.

7. Rennen. 1. Lubrad (Wilmersdorf), 2. Ritterswitzer (Dertel), 3. Solo (Strell). Toto: 21: 10. Platz: 13, 15, 17: 10. Ferner liefen: Oddrum, Nöbling, Prinz Rarnesol, Germb, Raimond, Adria, Glingeburg.

Das erste 100-Kilometer-Rennen in einem Lauf in dieser Saison bringt am kommenden Sonntag die auf der Olympiabahn stattfindende Wiederholung der Deutschen Städter-Meisterschaft. Da in Berlin seit langer Zeit nicht mehr die Meisterschaft ausgetragen wurde, steht man diesem Rennen mit ganz besonderem Interesse entgegen. Der neue Meisterjahre Karl Salow, der Meisterjahre von 1923 Jean Kollman, sowie auch die übrigen drei Teilnehmer des Endlaufs: Walter Sawall, Karl Wittig und Paul Thomas sind zu dem Rennen verpflichtet.

Heute erscheint die große Paprika die neue satirische Wochenchrift. Schlager Preis 30 Pfennig. Zu haben bei allen Zeitungshändlern.

DIE PREMIERE

UNSERER GROSSEN

Fritzzi Massary

ZIGARETTE 3-8

INFOLGE IHRER HERVORRAGENDEN QUALITÄT EINE

SENSATION

Verbandstag der Schuhmacher.

Leipzig, 28. August.

In der Mittwochssitzung wies zunächst Simon ein Gerücht der bürgerlichen Presse, nach dem der Zentralverband der Schuhmacher Großaktionär der Vereinigten Fränkischen Schuhfabrik sei, zurück. Dann stellte Steiner, der Vorsitzende des Verbandsausschusses, fest, daß der Ausschuß niemals bei seinen Handlungen nach der Parteizugehörigkeit gefragt habe, sondern nur dort eingegriffen hat, wo verbandsschädigende Handlungen vorliegen.

Eine Entscheidung über die parteipolitische Unabhängigkeit des Verbandes wurde mit 57 gegen 26 Stimmen angenommen. Eine kommunistische Entscheidung, die die Haltung und Tätigkeit des Zentralvorstandes mißbilligte und eine Reihe kommunistischer Forderungen enthielt, wird mit großer Mehrheit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dem Verbandsvorsitzenden Simon wurde ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Angenommen wurde ferner eine Entscheidung für die Fortführung der Sozialpolitik und gegen die Zollpläne der Reichsregierung, sowie eine Resolution für den Achtundzestag.

Simon sprach hierauf über den Reichstarif für das Schuhmachergewerbe. In sein Referat schloß sich eine ausführliche Diskussion, in der die kommunistischen Redner neue Angriffe gegen den Verbandsvorsitzenden richteten.

Wirtschaft

Wirtschaftspolizei und Wirtschaftsförderung

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich angeichts der schlimmen Wirtschaftslage zu Erhebungen zum Teil statistischer Art veranlaßt gesehen, um die Ursachen der Krise festzustellen. Viel erörtert wurden die Textil- und Ledererzeugnisse, die ja recht weite Kreise interessiert haben. Der Zweck der Erhebung war, einwandfreies Material zu bekommen, um wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrisen zu treffen. Das Vorgehen liegt also durchaus im Interesse der Wirtschaft. Wenn diese aber jene Erhebung auch nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt hat, wie z. B. die Textilindustrie, so kam man doch in Besitz von äußerst wertvollem Material, das erst die Anordnung von Maßnahmen ermöglicht, um die Uebel abzustellen.

Vor allen Dingen gibt diese Tätigkeit weiten Kreisen das beruhigende Gefühl, daß gearbeitet wird, um in der Wirtschaftslage, soweit das mit solchen Mitteln eben möglich ist, Erleichterung zu schaffen. Was das für den sozialen Frieden bedeutet, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden.

Erfürchtlich ist es aber, daß jene Kreise sich durch diese Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums „belästigt und geniert“ fühlen, bei denen Beschwerden eben nicht stimmt. Es kommen gewöhnlich Fälle in Frage, wo ein nicht angemessener Preis gefordert oder durch Vereinigungen der Preis künstlich hoch getrieben und überseht gehalten wird. Hier ist es selbstverständlich Pflicht des Reichswirtschaftsministeriums, sobald der Verdacht solcher Wucherungen aufsteigt, einzugreifen. Ihm erwächst die weitere Pflicht, sich nicht mit dem Material zu begnügen, das von Interessenten so vorgebracht wird, daß kein „Schaden“ entstehen kann. Will das Reichswirtschaftsministerium seiner Aufgabe nachkommen, dann hat es eben die Aufgabe zu erfüllen, sich möglichst an Ort und Stelle und unparteiisch ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zu machen. Es kann dieses auf Grund der Kunstschaffspflicht.

Das geschilderte Vorgehen des Reichswirtschaftsministeriums hat bis jetzt gute Erfolge zu verzeichnen, deshalb ist diese Tätigkeit den Interessenten ein Dorn im Auge. Der Sturm richtet sich besonders gegen die Kunstschaffspflicht. Seit Wochen bringen die Fachzeitschriften wütende Angriffe auf das Ministerium. Vor uns liegt die letzte Nummer der „Textil-Zeitung“, deren Artikel unter der Überschrift „Wirtschaftspolizei und Wirtschaftsförderung“ über zwei Spalten eine heftige Attacke gegen das Reichswirtschaftsministerium ist, und zwar wird das wahre Bild dahin verzerrt, als ob unsere Betriebe tagaus und tagein nur die Fragebogen des Ministeriums, der Landes-, Provinzial-, Bezirks- und örtlichen Preisprüfungsstellen, der Reichsbank und der Finanzämter zu beantworten hätten. Der Verfasser des Artikels und die Leute, die hinter ihm stehen, kommen zu dem Schluß, daß hier eine Wirtschaftspolizei eine Kontrolle ausübt, die alles andere als Wirtschaftsförderung bedeutet.

Die systematischen Angriffe auf das Ministerium tragen die Gefahr in sich, weite Kreise glauben zu machen, daß diese und ähnliche Vorwürfe wirklich zutreffen. Das ist absolut nicht der Fall. Die maßlose Heberdreihung zeigt am besten, mit welchen Geistesfindern wir es zu tun haben und daß es sich um ein regelrechtes Reflexstreben handelt, eine Tätigkeit der Instanzen des Reichswirtschaftsministeriums zu unterbinden, die durchaus im Interesse der gesamten Wirtschaft liegt. Gerade die neuerlich einsehende Feuerwelle muß eine Mahnung sein, die Vollmachten der amtlichen Stellen auf diesem Gebiete ganz gehörig zu erweitern.

Zur Erhöhung der englischen Reparationsabgabe wurde dem Parlament auf eine Anfrage vom Reichswirtschaftsminister das Nachsichende mitgeteilt: Die bisherigen Preisnachrichten über die Heraushebung der nach dem englischen Reparations Recovery Act zuletzt in Höhe von 5 Proz. erhobenen Abgabe auf die frühere Höhe von 26 Proz. sind meist mißverständlich gewesen. Die englische Regierung hat allerdings der deutschen Regierung ihre Absicht, eine solche Erhöhung vorzunehmen, bekanntgegeben. Die deutscherseits gegen diesen Plan erhobenen Vorstellungen haben zunächst eine hinausschiebung des Zeitpunktes der Wiedererhebung der Abgabe zur Folge gehabt, und es werden auch Verhandlungen über eine etwaige Milderung der Erhebungssatz angestrebt. Für die zurzeit laufenden Geschäfte liegt jedenfalls ein Grund zu besonderer Beunruhigung nicht vor. Sollte es demnächst zu der Wiedereinführung der Abgabe von 26 Proz.

kommen, so wird die Erhaltung so geregelt werden, daß den deutschen Ausfuhrhändlern die weitere Lieferung nach England möglich bleibt.

Wie der Export geschädigt wird, ohne daß dazu eine Notwendigkeit vorliegt, dafür bringt der „Konfektionär“ jetzt wieder ein Beispiel: Von ausländischen Exporteuren wird häufig in den verschiedensten Branchen darüber Klage geführt, daß die in Deutschland bestellten Waren nicht immer den bei der Bestellung vorgelegten Mustern entsprechen. Es liegt z. B. ein dieser Tage aus Dänemark eingetroffener Bericht des Textilwaren-Verbandes in Kopenhagen vor, in dem die dortigen Konfektionäre sich beklagen, daß von deutschen Reisenden Konfektionsware nach Muster verkauft worden sei, die sich bei der Lieferung nicht mit der Vorlage deckt. Infolgedessen soll die Kommer Kaufmannschaft, die augenblicklich, insbesondere in der Textilbranche, in einer außerordentlich großen Krise sich befindet, vielfach nicht in der Lage sein, minderwertige Ware abzulehnen. Nichts wäre natürlich jalscher, als den zweifellosen Mißstand beim Exportgeschäft zu verallgemeinern, denn im allgemeinen läßt sich erfreulicherweise feststellen, daß die Qualität der deutschen Exportware im vollen Umfang wiederhergestellt ist und auf dem Auslandsmarkt beifällig aufgenommen wurde. Aber gerade darum mag der Hinweis wiederholt werden, auf die mustergetreue Lieferung bestellter Exportware größeren Wert zu legen.

Die Berliner Handelsgesellschaft legt als erste der deutschen Großbanken ihre Bilanz vor. Passiva und Aktiva gleichen sich mit 59 949 912,17 M. aus. Die Kommanditanteile werden bei einem Kapital von 22 000 000 und 5 000 000 Mark von 1000 M. auf 200 M., also im Verhältnis von 5:1 zusammengesetzt. Bei der Handelsgesellschaft kommt dieses Verhältnis um so überraschender, als diese Bank seit 1918 ihr Kapital nicht erhöht hat. Ihre Anteile galten als Goldpapier. Jedoch ist vorausgesetzt, daß die Zusammenlegung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, das Ergebnis nicht auf andere Banken zu übertragen. Die Geschäftsprinzipien der Handelsgesellschaft hielten die Bank vielfach von Geschäften fern, die der „Erhaltung der Substanz“ dienen, so daß für die anderen Großbanken im allgemeinen das zutrifft, was sie noch vor kurzem selbst behaupteten: Wir haben unsere Substanz gewahrt. — Im übrigen ist die Bewertung des Goldvermögens der Handelsgesellschaft „sehr vorsichtig“ erfolgt. Die besetzten amerikanischen Aktien, über die die Bank aller Voraussicht nach bald wieder verfügen können wird, werden z. B. nicht aufgeführt und die Gebäude usw. sind sehr zurückhaltend bewertet worden.

Vollständiger Zusammenschluß der Wolle verarbeitenden Herrenstoff-Werke. Nachdem Mitte vergangenen Jahres durch ein Abkommen zwischen der Deutschen Tuchkonvention e. V. und dem Verbande der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe e. V. die sämtlichen Mitglieder dieses Verbandes der Deutschen Tuchkonvention beigetreten waren, ist laut „Konfektionär“ am 19. August ein neues Abkommen zwischen der Deutschen Tuchkonvention e. V. und dem Verbande schaffstiftungsfähiger Webereien e. V. zustande gekommen, so daß nunmehr die Gruppe der Wolle und Wolleerzeugnisse verarbeitenden Industrie, die Herren- und Knabenkleidungsstoffe herstellt, restlos zusammengeschlossen sein dürfte.

Eine deutsch-schweizerische Handelsvereinigung ist nach Verhandlungen zwischen dem Deutschen Industrie- und Handelsklub und den Spitzenorganisationen von Handel und Industrie der Tschechoslowakei beschlossene worden. Der Schlichtungsvertrag, der die formlose außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten unter Kaufleuten der beiden Länder anstrebt, wird am 1. November 1924 in Kraft treten. Der Vertrag ähnelt in seinen Grundzügen dem Abkommen zwischen dem Deutschen Industrie- und Handelsklub und dem Dänischen Industrieklub sowie den ungarischen Wirtschaftsorganisationen abgeschlossenen Abkommen. Voraussetzung für den Anruf des Schiedsgerichts ist die Einigung beider Parteien hierüber. Anträge erteilt vorläufig der Deutsche Industrie- und Handelsklub, Berlin C 2, Hinter dem Steghause 3.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,75—20,25	Röstgetreide, lose ..	16,50—18,00
Gerstengröße, lose ..	18,50—19,50	Kakao, fettarm ..	65,00—78,00
Haferlocken, lose ..	17,00—19,00	Kakao, leicht entölt ..	85,00—100,00
Hafergrütze, lose ..	18,50—19,50	Tee, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Roggenmehl 4/1 ..	13,50—14,00	Tee, indischer, gepackt ..	490,00—670,00
Weizenmehl ..	18,50—20,00	Inlandzucker basis mel ..	37,50—38,50
Haartriele ..	22,75—24,75	Zucker Wafel ..	39,00—41,00
70% Weizenmehl ..	16,50—17,75	Zucker Wafel ..	44,00—47,50
Weizen-Auszugmehl ..	18,75—24,00	Kunsthonig ..	28,00—36,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	16,50—19,50	Zuckerrisipul bel in Ein ..	40,00—45,00
Speiseerbsen, kleine ..	9,75—13,50	Speisesirup dunk. in Ein ..	27,00—31,00
Bohnen, weiße, berl ..	20,00—24,00	Marmelade Eintr. Erb ..	90,00—95,00
Langbohnen, handverles ..	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht ..	35,00—40,00
Linsen, kleine ..	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eimern ..	30,00—36,00
Linsen, mittel ..	31,00—37,50	Steinsalz, lose ..	3,10—3,70
Linsen, große ..	39,00—46,00	Siedesatz, lose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—20,50	Bratenschmalz in Tierces ..	82,50—83,00
Makkaroni ..	30,50—42,50	Bratenschmalz in Kübeln ..	82,50—84,50
Schmalz, rein ..	19,00—22,50	Purelard in Tierces ..	80,00—80,50
Bruchreis ..	15,50—16,50	Purelard in Kisten ..	80,00—81,00
Rangoon Reis ..	18,00—18,50	Speisetalg in Packung ..	62,—
Tafelreis, glasiert, Patna ..	22,25—21,00	Speisetalg in Kübeln ..	—
Tafelreis, java ..	30,00—36,50	Margarine, Handelsm. I ..	66,00
Ringapfel, amerik. ..	85,00—90,00	desgl. II ..	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	40,00—43,00	Margarine, Spezialm. I ..	80,00
Pflaumen, entsteinet ..	50,00—53,00	desgl. II ..	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	60,00	Margarine III ..	—
Rosinen in Kisten, Candia ..	65,00—70,00	Molkereibutter I, Fässern ..	190,00—201,00
Sultaninen Caraburns ..	80,00—90,00	Molkereibutter in Pack ..	201,00—206,00
Korinthen, choice ..	70,00—75,00	Landbutter ..	—
Mandeln, süße Bari ..	175,00—180,00	Auslandbutter in Fässern ..	202,00—208,00
Mandeln, bittere Bari ..	155,00—160,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K ..	34,75—37,00
Zimt (Cassia) ..	65,00—68,00	Aust. Speck, geräuchert ..	75,00—85,00
Kümmel, holländischer ..	105,00—115,00	Quadratkäse ..	30,00—45,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	150,00—155,00	Tisler Käse, vollfett ..	100,00—115,00
Weißer Pfeffer ..	185,00—215,00	Bayer. Emmentaler ..	165,00—175,00
Rohkaffee Brasil ..	220,00—255,00	Echter Emmentaler ..	180,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—255,00	Aust. ungezuck. Condensm ..	21,00—23,25
Rohkaffee Brasil ..	220,00—255,00	milch 4 1/2 ..	16,50—17,50
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—255,00	milch 4 1/2 ..	16,50—17,50
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—255,00	milch 4 1/2 ..	16,50—17,50



Beachten Sie das schmiegsame Luftkissen, die beste bis jetzt bekannte Vorrichtung zur Stützung des empfindlichen Fußbogens

Pneuette

die neue patentierte pneumatische Senkfuß-Einlage unentbehrlich

1 für übermüdete Füße

Die Pneuette ist eine Quelle der Verjüngung für alle, welche viel stehen müssen und abends todmüde nach Hause kommen, wie Ärzte, Professoren, Lehrer, Priester, Künstler, Musiker, Schalterbeamte, Handwerker, Arbeiter, Reisler, nicht zuletzt unsere Hausfrauen und Personen, welche ein schweres Körpergewicht haben.

2 für schmerzende Füße

Pneuette tragen heißt: das beste Mittel zur Heilung schmerzender Füße verwenden, welches die orthopädische Wissenschaft bisher erdacht hat. Die Pneuette ist für den leidenden Fuß daselbe, was die Brille für das kurzichtige Auge — sie stellt das geschwächte Organ sogleich wieder zur vollen Leistungsfähigkeit her.

3 für Rheumatiker

Unzählige Personen leiden an scheinbar rheumatischen Schmerzen in den Füßen und Weinen, oft bis zum Kreuz hinauf, welche hartnäckig jeder Behandlung trotzen. In 85 von 100 Fällen handelt es sich nicht um wirklichen Rheumatismus, sondern um eine Begleiterkrankung der Senkung des Fußbogens, ein Leiden, welches im Anfangsstadium kaum zu erkennen ist. Solche „falsche“ Rheumatismen oder Neuralgien verschwinden deshalb gewöhnlich, wie durch ein Wunder beim Gebrauch der Pneuette.

Hat sich sehr gut bewährt.

Das meiner Frau gelieferte Paar hat sich auf einen vierwöchigen Bergtour sehr gut bewährt, das Ventil hielt gut dicht, so daß wir nicht einmal nachpumpen brauchten.

E. S., Marine-Oberinspektor, Berlin-Steglitz.

Pneuette nahm die Schmerzen weg.

Seit ca. 12 Jahren habe ich namentlich in meinem rechten Fuß beim Gehen große Schmerzen. Trotz Anwendung der verschiedenen Metall-Einlagen wurde es nicht viel besser. Ihre Pneuette, die ich nun seit sechs Wochen trage, nahm die Schmerzen weg, so daß ich auch bei großen Stadttauren nicht ermüde. Ich kann Ihr Fabrikat nur aus beste empfehlen.

Karl E., Kaufmann, Berlin.

Pneuette ist mir unentbehrlich.

Gebrauche Ihre Pneuette seit einigen Wochen und bin damit sehr zufrieden. Empfinde es sehr angenehm, daß die Pneuette im Schuh nichts so erkenntlich ist wie andere Einlagen und daß man diese so aufpumpen kann, wie man sie braucht. Da ich ein sehr großes Gewicht habe, ist mir Ihre Einlage unentbehrlich.

Karl E., Kaufmann, Berlin.

Empfinde die Pneuette als Wohltat.

Soviel steht fest, daß ich die Pneuette als Wohltat empfinde, die mir das lange Gehen erleichtert und Schmerzen lindert. Ich habe das Tragen der Pneuette wiederholt Bekannten empfohlen.

Geheimrat E., Dresden.

Die Pneuette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwundlich, auch beim stärksten Gebrauch.

Wir geben Ihnen ein Paar Pneuette

8 Tage zur Probe.

Überzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64, Friedrichstraße 179 (9-2, 4-7). — Fußsprüfung und Beratung durch spezialistisch geschulte Orthopäden in allen Leiser-Verkaufsstellen:
 Leipziger Straße 64
 Taubentzenstr. 20
 Friedrichstr. 179
 Königstr. 34
 Moabit, Turmstr. 50
 Neukölln, Bergstr. 7/8
 Friedenau, Rheinstr. 14
 Oranienstr. 34
 Oranienstr. 47a
 Müllerstr. 3a

Schriftliche Anfragen von außerhalb Berlins sind zu richten an Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76 Alleiner Fabrikant und Patent-Inhaber (A. D. R. P.)

Dezimalwagen
 Tafelwag., Gewichte, Millig. Fein. Maß. 100g
 Georg Wagner
 Köpenicker Str. 71
 Tele. 10000
 Keine Schaufenster-Reklame, dafür wesentlich billiger Preise

Sommersprossen
 Creme-Stoll, 33 Jahre
 sich demüht, 28. 1. 30
 u. a. In Proben
 form bei Otto Reichel,
 Weita 42 II, Eisen-
 bahnhofsstr. 4.

Strauerpfeifen
 jeder Art
 Heftig preiswert
 Paul Gollets,
 normals. Holz. Bau,
 Mariannenstr. 3,
 am Ringel. 10003.

Peek & Cloppenburg G. M. B. H.

Berlin C 19. Gertraudenstraße 25-27

Zur Konfirmation: Preiswerte Anzüge besserer Art

15236	Blauer Melton Cheviot	Brustw. 81 cm G.-M.	56.—
15347	Blauer reinwoll. Cheviot	81	59.—
15350	Blauer reinwoll. Kammg. Cheviot	81	59.—
15346	Blauer reinwoll. Diagonal Cheviot	81	71.—
15344	Blauer reinwoll. Melton Cheviot	81	77.—
15238	Blauer reinwoll. Cheviot pa. Qualität	81	80.—

Wir sind Selbstfabrikanten dieser Artikel und können dadurch preiswert verkaufen.
 Wir legen besonderen Wert auf beste Stoffe und Verarbeitung.

Die letzten Ausflüchte.

Strefemann und andere gegen die deutschnationalen Verdunkelungsanträge.

Außenminister Dr. Strefemann:

In meiner ersten Rede habe ich ausgeführt, daß niemand von uns eine Gewähr dafür hat, wie lange Herriot ein politischer Machtfaktor in Frankreich sein werde. In diejenigen, die hier kein Jagen und damit das ganze Ergebnis der Londoner Verhandlungen in Frage stellen, möchte ich nun mal die Frage richten:

Wenn man diese Äußerungen Poincarés im Senat liest und weiß, welcher Vernichtungswille dahinter steht, viellecht würdigt man dann etwas mehr, was in London gegenüber dieser Tendenz erreicht worden ist, einer Tendenz, welche glaubt, Deutschland in den Klauen zu haben und es nicht wieder losläßt.

Demgegenüber haben wir eine Erklärung erhalten, nicht nur für die Räumung des Ruhrgebiets, sondern auch für die praktische Durchführung der Räumung. Sie leben darüber hinaus den Grundgedanken, der sich durch die Sachverständigenurteilen hindurchzieht, eine Lösung der Reparationsfrage zu finden, die sie aus der Sphäre der politischen Macht und der Unterdrückung heraushebt und sie in die Sphäre wirtschaftlicher Verhandlungen bringt. Wenn Sie sich unter diesen Gesichtspunkten das Londoner Ergebnis ansehen, dann wird es vielleicht von manchen objektiver betrachtet werden, als es mir bisher in der Diskussion dieses Hauses erschienen ist. Herr Dr. Quoy hat angeknüpft an Worte, die so wundervoll für das Gemüt klingen: „Nicht fragen, was danach kommt!“ Für den Staat gilt dieses Zitat nicht. (Zustimmung v. d. Rehrh.) Ich darf Ihnen aber auch sagen für die Zukunft, diese Kammerdebatte in Paris zeigt auch, daß Poincarés Geist wieder zu dem herrschenden Geist in Frankreich wird, wenn diese Verhandlungen scheitern. Ich sehe dann zwar, wo der Boden abgerissen ist, wo er aber wieder angeknüpft werden könnte, das sehe ich nicht, wenn wir nicht innerhalb des Parlaments und des deutschen Volkes zu einer Einigung kommen. London brachte einen Zwangsvergleich zwischen Völkern, oder — wenn Sie wollen — ein Kompromiß. Ein Kompromiß zwischen den Parteien dieses Hauses pflegt schon selten zu befriedigen. Ein Kompromiß aber unter Völkern, das doch noch obendrein unter dem Schutze des Weltkrieges stand, steht noch unter allen Aufstellungen der Völker, und da ist das letzte Kompromiß nicht als das schlechteste möglich zu bezeichnen. (Sehr wohl! v. d. Rehrh.)

In Amerika ist die Auffassung der öffentlichen Meinung die: Wir haben den Krieg entschieden, wir haben auch den Frieden zu machen. Je allgemeiner eine solche Auffassung ist, um so lieber schmiegt sie sich an ein Schlagwort an. Die öffentliche Meinung ist heute ein politischer Machtfaktor, und darum habe ich einmal davon gesprochen, daß für die amerikanische Auffassung — nicht für uns — dieses Gutachten eine Art wirtschaftlicher Bibel sei.

Antwort an die Deutschnationalen.

Es ist dem Reichstage ein Antrag zugegangen, welcher innerhalb zweier Jahre eine Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands fordert. Ich würde diesen Antrag für politisch unklug halten, man kann nicht einen Evidenzantrag in zeitlicher Begrenzung stellen, man kann nicht, ohne zu wissen, was die beiden nächsten Jahre bringen, schon jetzt erklären, daß man davon Abstand machen wolle. Nein, wir wollen nicht rütteln lassen an den Grundlagen, die doch auch in diesem Vertrage enthalten sind und die uns die Möglichkeit geben, eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit in dem Augenblicke zu beantragen, wo wir erkennen, daß das Geforderte über unsere Leistungsfähigkeit hinausgeht. Auch über diejenigen Bestimmungen des Vertrages, wonach die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter die Lebenshaltung der anderen Völker sinken soll, ist in London ausgiebig geredet worden.

Alle Völker werden erst ihre Erfahrungen machen mit der Durchführung des Gutachtens, und wenn sie dahin ein verständiger Geist erhalten bleibt zwischen den Völkern, die das Abkommen unterzeichnet haben, dann ist auch durchaus die Möglichkeit der Entfaltung dieses Vertrages gegeben, die Möglichkeit, die unentzählbaren Bestimmungen des Vertrages durch andere, vernünftiger Bestimmungen zu ersetzen.

(Zurück rechts: Seit 1918 haben wir immer vergeblich gehofft.) Da ist denn nicht die ganze Zeit seit 1918 erfüllt von laienhaften Versuchen, das Reparationsproblem zu lösen? Man müßte sich doch einmal überlegen, wie es denn war, als wir das erstmal in London fanden (sehr richtig), der Weg, der gegangen ist bis zu diesem Gutachten, ein Weg, den ich genannt habe einen Weg der Demütigungen, er muß doch auch angesehen werden als eine Etappe, bei der London ein Ruhe- und auch ein Anknüpfungspunkt sein kann. Es geht bei diesen Fragen doch nicht um Jähfern einzelner Jahre, nicht um Nöthle und Beamtentöle, um Benzol und Fortstoffe und anderes! Bei diesem Stand der Dinge hat aber doch Deutschland alle Verantwortung, mitzuwirken bei einer solchen politischen Neuorientierung der Welt.

Wer der Meinung war, daß man überhaupt nicht den Weg gehen dürfe, das Spezialgebiet des Ruhrgebiets durch allgemeine Pfänder zu lösen, die naturgemäß den Charakter der Verpfändung in sich tragen, das ist doch der Sinn des Wortes, der dürfte auch nicht den Weg des Memorandums vom vorigen Jahre bereiten. Herr Quoy fragte, ob es richtig sei, daß am 10. Januar nächsten Jahres nochmals geprüft werden soll, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Darüber ist uns gar nichts bekannt. Wir wissen nur, daß am 15. Dezember die Interalliierte Konferenz zusammentritt, um zu prüfen, ob die Aufhebung der Besetzung der Kölner Zone am 10. Januar erfolgen soll. Das habe ich auch kürzlich mitgeteilt und das hat in irgendeiner falschen Darstellung zu dem Gerücht geführt, daß am 10. Januar jemand prüfen soll, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Dann die angebliche Bindung Deutschlands bezüglich der Handelsverträge! In der englischen Presse leht diese Neuerung fortgesetzt wieder.

Ich ersehe daraus, daß die englische Wirtschaft eine sehr große Beunruhigung empfindet über ein etwaiges französisch-deutsches handelspolitisches Einvernehmen. Diese Empfindung besteht dort. England hat aber die Möglichkeit, wenn es diesen Landemarsoverden will, durch Beschleunigung der Räumung Frankreich jede Druckmöglichkeit gegenüber Deutschland zu nehmen. Jedenfalls ist die deutsche Delegation keine Bindung eingegangen für die Verhandlungen, die am 1. Oktober beginnen sollen.

Wenn Ministerpräsident Herriot davon gesprochen hat, kann er damit nur unsere prinzipielle Bereitwilligkeit gemeint haben, mit Frankreich in Verhandlungen einzutreten. Diese Bereitwilligkeit habe ich aber für eine Selbstverständlichkeit, da gar kein Grund vorliegt, die Hand zurück zu weisen, wenn sie uns geboten wird, wie wir die Verhandlungen auch anderen Mächten gegenüber nicht verlagert haben.

Herr Solimann hat namens seiner Parteifreunde dem Depu-putierten Blum seinen Dank ausgesprochen für die Rede, die er in Paris gehalten hat und die nach allen Berichten dort einen außerordentlichen Eindruck gemacht hat, eine starke Stütze für Herriot gewesen ist. Nur in einer Beziehung habe ich den Eindruck, daß in dieser Rede der Parteiführer über den künftigen Staatsmann gefehlt hat. Er hat gesagt: Wir Sozialisten sind stets eingetreten für die Räumung des Ruhrgebiets; wenn sie aber jetzt durchgeführt würde, so wäre das ein Triumph für die deutschen Nationalisten gewesen. Da gerade der Sozialismus sich stark durch das Festhalten des Beharren, das sich auf Grundlätze, so dürfte nicht einer seiner Führer den Gedanken aussprechen, daß innenpolitische Aspekte in einem anderen Lande maßgebend waren dafür, daß er nicht festhielt an diesen Grundlätzen. (Sehr gut! bei der Rehrh.)

Und ich würde dankbar sein, wenn die gerade bei der heutigen Situation in Frankreich und England wertvollen internationalen Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie in der Richtung ausgenutzt werden, da doch, wie ich annehme, die deutsche Sozialdemokratie kein Verständnis für die Haltung Blums hat gegenüber den Rheinländern, um die hier gekämpft wird.

Poincaré hat in seiner Senatsrede ebenfalls über den Abbruch des passiven Widerstandes gesprochen. Diese Frage wird ja auch in der französischen öffentlichen Meinung stark erörtert. Ich glaube sogar, daß die Haltung, die Poincaré damals eingenommen hat, mit zu dem Ergebnis der Wahlen vom 4. Mai beigetragen hat. Infolgedessen hat sich Poincaré auch veranlaßt, sich stets dagegen zu wenden, daß er nicht die Hand geboten habe für die Regelung der Verhältnisse im besetzten Gebiet. Er hat am 23. September 1923 im Senat erklärt, er habe der deutschen Regierung bereits mitgeteilt, daß er zu Verhandlungen über die Wiederherstellung des Status quo, über die Wiederherstellung vernünftiger Verhältnisse im Ruhrgebiet bereit sei. Längst vor der Aufgabe des passiven Widerstandes, gleich bei Beginn meiner Amtszeit, hat der französische Ministerpräsident durch seinen Vorkämpfer mit mir verhandelt, daß er bereit sei, binnen 24 Stunden zu Verhandlungen über die Reparationsfrage und andere Fragen, wenn der passive Widerstand aufhört. (Sehr gut! bei der Rehrh.) Als der passive Widerstand dann aufgehoben wurde, war es derselbe französische Ministerpräsident, der formaljuristisch, ad hoc, glaubte die Ehre vertreten zu können, der Widerstand habe noch nicht aufgehört, indem er ihr öffentlich so auslegte, daß zur Aufgabe gehörte die völlige Wiederherstellung des Wirtschaftslebens, ein Vertrag zwischen Regie und Reichslandwehrmacht. Und das hat dann monatelang hindurch all jene Verhältnisse im Ruhrgebiet und im Rheinland einschmelzen lassen zu jenen Zuständen, über die der Reichsminister Dr. Brauns gesprochen hat: Millionen am Arbeitslohn, Hungerkrawalle, eine Unterdrückung, die beispiellos in der Geschichte ist.

Es wird niemals aus der Geschichte des Ministeriums Poincaré weggewaschen werden können, daß er versucht hat, unter solchen Vorbedingungen Leistungen zu veranlassen.

In der Haltung der ehemaligen Gegner gegenüber der Aufgabe des passiven Widerstandes sieht man, wie ganz falsch man sich vielfach in Deutschland in dieser Frage eingestellt hat. Denn die schnelle Aufgabe des passiven Widerstandes war nicht ein Geschenk für Poincaré, sondern das Ungelegenste, was ihm für seine Politik gegeben konnte. Sie gab ihm nicht mehr die Möglichkeit, mit den alten Methoden auf die Dauer zu arbeiten, und gab uns die Möglichkeit, aus einer Situation herauszukommen, die unmöglich geworden war in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung.

Nun hat Herr Solimann gesprochen von den Verhandlungen im damaligen Kabinett. Darum muß ich mit einem Wort zurückkommen, weil die Darstellung, die Herr Solimann im „Berliner Tageblatt“ gegeben hat, nicht unmissverständlich bleiben kann. Er meinte, schließlich sei die Not so hoch gestiegen,

daß unter deutschnationalen Einfluß das Kabinett Strefemann dahin gekommen war, Vertreter des besetzten Gebietes nach Berlin zu entsenden, ihnen zu sagen, daß man innerhalb vierzehn Tagen das Ruhrgebiet und überhaupt das besetzte Gebiet abtrennen wolle vom Deutschen Reich.

Abg. Koch (Dem.): Das war nach dem Austritt der Sozialdemokraten!

Außenminister Dr. Strefemann (fortfahrend): Jamahl. Ueber diese Sitzung vom 13. November habe ich ein Protokoll vor mir liegen. Ich als Reichsminister habe damals im Ministerrat erklärt, daß die Zahlungen für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet nur noch für eine kurze Ueberspannzeit geleistet werden können, daß im Zusammenhang damit eine allgemeine Rundgebung an die ganze Welt durch die einzelnen Vorkämpfer der verschiedenen Länder herausgegeben werden sollte, die auf die Zustände hinwies, die die französische Politik geschaffen hat. Und ich habe den Ausdruck gebraucht, daß Deutschland alle Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag solange ruhen lassen würde, als der Rechtszustand im besetzten Gebiet nicht wiederhergestellt sein würde. Es ist falsch, alle diese Dinge immer wieder von dem Parteigekitspunkt aus zu beurteilen. Aus diesen Erklärungen ergibt sich, daß es sich nicht um parteipolitische Gegenläufe handelt; damals hat auch der preussische Ministerpräsident Braun auf diesem Standpunkt gestanden und seiner von uns hat sich gefragt, welcher Fraktion oder Partei er angehört. Ich habe auf diese Umstände deshalb hingewiesen, weil sie in einem unerschütterlichen Zusammenhang mit der gesamten Situation gestanden haben. Wir haben damals diese Erklärung abgegeben, daß wir Frankreich und Poincaré verantwortlich machen wollten für die Verhandlungen, die am 1. Oktober beginnen sollen.

punkt dafür, daß neue Verhandlungen angeknüpft wurden und daß wir schließlich mit Frankreich zu einer Verständigung gelangen.

Nie hat es einen Kabinettsbeschluss gegeben, der ausgesprochen hätte, daß das besetzte Gebiet von Deutschland abgetrennt werden sollte.

Die größte Schwierigkeit lag darin, wie wir die Rentenmark durchsetzen konnten. (Zurufe.) Diejenigen, die sich später zu ihr bekehrten, haben sie zuerst verhöhnt, und ich kann bezweigen, daß der Reichsfinanzminister damals in einer Kabinettsitzung beinahe einem Beinkrampf erlag, als er darauf drang, es müsse etwas Durchgreifendes geschehen, um sie zu erhalten. Wir dachten nie daran, das Rheinland von Preußen zu trennen, wir dachten nur daran, das Rheinland und das Reich zu retten, wie es sich schließlich auch vollzogen hat. (Lebhafte Beifall.) Wir in Deutschland leiden darunter, daß immer nur die jeweilige Situation, der kleine Sektor des zeitigen Geschehens im Vordergrund der Beurteilung steht. Aber die Weltgeschichte geht ihren eigenen Gang. Wir empfinden noch immer die Dinge unter dem täglichen Druck, unter dem wir stehen. Eine spätere Zeit, die nicht mehr unter diesem Druck steht, wird die Entwicklung von 1918 bis 1924 ganz anders beurteilen. Diese sechs Jahre werden für die Nachwelt nur eine kleine Zeitspanne sein, die indessen eine Charakteränderung der ganzen Welt in sich barg. Wer den Glauben an das deutsche Volk hat, wer da meint, daß das deutsche Volk nicht untergehen darf und nicht untergehen wird, der sollte auch nicht glauben, daß einzelne Paragraphen eines wirtschaftlichen Vertrages den Gang der Entwicklung aufhalten werden, wenn dieser Deutschland wieder zur Gleichberechtigung unter den Nationen führt. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu werden sich später auch andere Wege finden. Wollen Sie die Zukunft retten, so treten Sie erst auf den Boden der Gegenwart! (Lebhafte Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Luther:

Es ist gesagt worden, ich hätte schwarz in schwarz gemalt. Aber von niemand ist meine Sachdarstellung widerlegt worden. Ich habe die Not des Volkes in den Vordergrund gestellt. Die Kontrolle unserer Einnahmen ist einer der am schwersten zu tragenden Teile des Abkommens. Der Minister legt die organisatorischen Vorarbeiten für das Gutachten und seine Anwendung dar. Die eine Hauptlinie ist die, daß wir uns in London bemühen mußten, im Normalzustand unserer Leistungen die Kontrolle so gering wie möglich zu gestalten. Es kommt nur ein Aufsichtsrecht des Kommissars in Frage, das auf Ausnahmefällen beschränkt ist. Augenblicklich besteht noch ein Aufsichtsrecht des Garantekomitees über unseren gesamten Haushalt. Unsere zweite Hauptaufgabe war die Verhinderung der Gefahren im Falle des Einganges unzureichender Einnahmen. Wir haben da in verschiedener Richtung Vorarbeit getroffen. Das Vertragswort ist nicht mit der Unterzeichnung abgeschlossen, mit der Durchführung beginnt neues Leben, und alle kommenden Regelungen müssen sich die Durchführung angelegen sein lassen.

Eine Erklärung des Zentrums.

Abg. Jochenbach (Z.) verliest folgende Erklärung seiner Partei: Die Fraktion der Zentrumspartei hat ihre sachliche Haltung zu den einzelnen Beschlüssen durch ihre Reden näher dargelegt. Unsere Wünsche sind in Anträgen und Entschlüsse zum Ausdruck gebracht. Sie entsprechen den Interessen und Wünschen des ganzen deutschen Volkes, insbesondere denen des besetzten Gebietes, dessen politische Vertretung in erster Linie unsere Partei ist. Die Entscheidung, vor der wir stehen, wächst in ihrer Bedeutung rasant über sachliche Einzelheiten hinaus. Sie ist eine politische und berührt aufs tiefste die Nation, ihre Einheit und Freiheit.

Politische Entscheidungen haben sich an der Wirklichkeit zu orientieren, auch wenn diese hart und drückend ist. Das vertreten wir festem Wege, weder beim Dawes-Gutachten noch beim Londoner Test. Sines:

Die ganze politische und wirtschaftliche Welt in den Ländern der Minderen sowohl wie der Neutralen, beurteilt das Dawes-Gutachten und den Londoner Test als ein internationales Instrument der politischen Entspannung.

Die Ueberzeugung ist allgemein, daß darin zum erstenmal die Reparationsprobleme politischer Leidenschaft entzogen und in die Atmosphäre ökonomischer Erwägungen hineingerückt worden sind. Eine Ablehnung deutschseits würde als eine totale Verneinung der weltpolitischen Lage empfunden werden. Sie würde die lebendig gewordene und sich täglich wachsende Einsicht in den ökonomischen Zusammenhang der Reparationsfrage stören und zurückwerfen.

Es ist unverantwortlich, Teile unseres Reichs und seiner Bevölkerung, die an sich schon schwer unter den Zugriffen gegnerischer Mächte zu leiden hatten, irgendwie preiszugeben, ihnen außerordentliche Lasten aufzubürden oder gar sie zu Reparationsverpflichtungen herabzuleiten zu lassen. Wir erklären auch in diesem Augenblick mit allem Nachdruck, daß jede Politik, die auf Kosten unserer besetzten Gebiete verwerfliche Experimente machen will, in uns stets unerbitliche Gegner gefunden hat und finden wird. Die Völkern, die wir auf uns nehmen, und deren Größe und Schwere auch von uns durchaus eingeschätzt werden, sollen vom ganzen deutschen Volk getragen und im Geiste der Gerechtigkeit und wahrer Volksgemeinschaft auf alle Schultern verteilt werden.

Wenn durch eine Ablehnung des Londoner Votums unser Land und Volk aufs neue in noch größere Unsicherheit und Notlage hineingestürzt wird, so muß die Verantwortung denen zugeschrieben werden, die in solcher Einschätzung der internationalen Lage und in politischer Verbindung uns den Weg verstopfen.

Deshalb bedauern wir es, wenn auch heute noch von der rechten Seite unsere aus Pflichterfüllung und nationaler Verantwortlichkeit hervorgehende Einstellung verkannt werden sollte. Wir weisen die Auffassung, als ob für uns die Reason und ihre Freiheit weniger bedeute als für solche die das Wort ständig im Munde führen, aufs schärfste zurück.

Das Rheinland und mit ihm alle Einflüsse im deutschen Volk wissen und fühlen daß der Weg, den wir gehen und den wir

Dixin

Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung.

